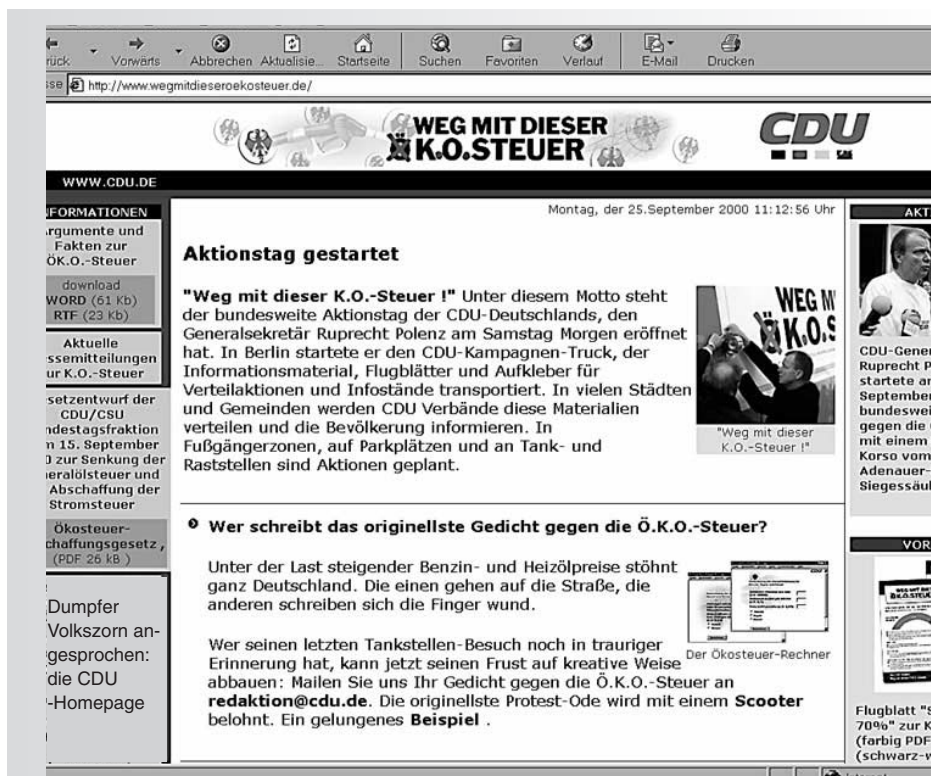


# Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**S.3 Ölpreise: An einer Änderung der Energie-, Verkehrs-, Finanz- und Steuerpolitik führt kein Weg vorbei**

**S.7 Über die deutschen Machenschaften in Polen und die Situation der Arbeiter und anderen Werktätigen**

**S.12 Vergabegesetz: Ein Baustein im Kampf um öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Demokratie**

**S.15 PDS zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes**

**S.21 „Geist, Volkstum und Heimatrecht“ – 50 Jahre „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“**



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

**PROMPTER BESCHIED.** Laut einer Pressemitteilung der PDS-Bundestagsfraktion hat das für die Telekom zuständige Finanzamt Bonn-Mitte der Stadt Dresden einen neuen Steuermessbescheid zugesandt: Die Stadt muss allein in diesem Jahr 10 Mio. Gewerbesteuer an die Telekom zurückzahlen, und dies ist nur der erste Schritt, weitere Einbußen in den nächsten Jahren sind sicher. Grund: Die Telekom kann die Kosten für den Kauf von UMTS-Lizenzen von der Steuer absetzen, infolgedessen wird die neue Steuermesszahl deutlich nach unten korrigiert. Betroffen sind Städte und Gemeinden, in denen die Telekom Niederlassungen hat; sie haben in den nächsten Jahren insgesamt 17 Mrd. DM an Ausfällen bei der Gewerbesteuer zu erwarten.

**MINIMUM.** Die Bundesregierung hat den Verpflichtungsrahmen für den sozialen Wohnungsbau im Haushalt 2001 neuerlich drastisch reduziert auf nunmehr gerade noch 450 Mio. DM. Ungeachtet verschiedener Studien, die 1 Mio. fehlende Wohnungen in den alten Bundesländern nachweisen (ifo-Institut) bzw. von einem jährlichen Neubaubedarf von ca. 400.000 Wohnungen für die nächsten 15 Jahre ausgehen (Empirica), verstärkt die Bundesregierung damit die seit Jahren feststellbare Tendenz eines rückläufigen Wohnungsbaus. Die Bauzahlen des vergangenen Jahres sicherten nicht einmal mehr die einfache Reproduktion des Wohnungsbestandes. Die Mieten ziehen in einigen Bundesländern wieder an, eine neue Krise auf dem Wohnungsmarkt mit all ihren katastrophalen Folgen vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen bahnt sich an.

**KEINE ALTERNATIVE.** Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert die Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Zukunft des Zivildienstes“, die das Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen vorgelegt hat. Es gebe kein Konzept, „wie der Zivildienst angesichts veränderter Rahmenbedingungen ... ausgestaltet werden kann und wie Tätigkeiten, die künftig nicht mehr von Zivildienstleistenden übernommen werden, durch andere freiwillige Dienste oder reguläre Arbeitsverhältnisse kompensiert werden können“. Der Paritätische begrüßt zwar die Idee, als Alternative zum zehnmonatigen Zivildienst einen zwölfmonatigen „anderen Dienst im Inland“ im sozialen oder ökologischen Bereich anzubieten, doch die Umsetzungspläne führten die Idee ad absurdum. Denn die jungen Männer sollten 12 Monate lang für ein Taschengeld von max. 510 DM monatlich arbeiten, während sie beim zwei Monate kürzeren Zivildienst ca. 700 DM plus Entlassungs- und Weihnachtsgeld erhielten. Der Paritätische fordert u.a. gleiche Honorierung in den ersten zehn, Verdopplung der Bezüge in den letzten beiden Monaten und Beteiligung des Bundes an den Kosten wie beim Zivildienst auch.

**KAMPFHUNDT.** Auf den Vorstoß von Bundesarbeitsminister Riester, das Renteneinstiegssalter auf 67 Jahre zu erhöhen, hat BDA-Präsident Hundt nachgesetzt mit der Forderung, die Entscheidung darüber nicht erst in zehn Jahren, sondern jetzt sofort im Rahmen der Rentenreform zu fällen. Der BDA-Präsident verlangt die Erhöhung als „Ausgleich“ für die steigende Lebenserwartung. Der Bundesarbeitsminister wiederum begründet seinen Vorstoß u.a. damit, dass „die Wirtschaft sagt, wir brauchen die Älteren länger in ihrem Job“. Davon kann allerdings überhaupt keine Rede sein, denn „die Wirtschaft“ drängt gerade auf Regelungen, ältere Lohnabhängige leichter entlassen zu können. Die Gewerkschaften lehnen, wie auch die PDS, die Erhöhung des Renteneintrittsalters ab und verweisen darauf, dass das Renteneintrittsalter gegenwärtig bei unter 60 Jahren liegt.

**TÄTER UND OPFER.** Inzwischen gilt als sicher, dass in diesem Jahr keine Entschädigungen an ehemalige NS-Zwangsarbeiter mehr ausgezahlt werden. Der Bundestag will erst nach der „Erledigung“ der vor US-Gerichten anhängigen Sammelklagen die zur Auszahlungsbedingung gemachte „Rechtssicherheit für deutsche Firmen“ feststellen, das bedeutet auf keinen Fall vor Ende November. Damit wird der Beginn der Auszahlung auf Kosten der Opfer auf unbestimmte Zeit verschoben. Überdies haben die Täter resp. ihre Nachfolger immer noch nicht die gesamte vereinbarte Summe zusammengebracht: Es fehlen 1,8 Mrd. DM. Der neue Vorstand der Stiftung hat für den 2.11. einen Zwischenbericht angekündigt.

**RECHTSSCHUTZ ETABLIEREN.** Bei der Expertenanhörung des Rechtsausschusses des Bundestags zur Gleichstellung homosexueller Paare ist zahlreiche Kritik aus nicht-konservativer Ecke geäußert worden: Zum einen fehle jede Begründung dafür, warum homosexuellen Paaren bestimmte Eherechte gewährt, andere aber verwehrt bleiben sollen. Die konkrete Ausgestaltung der Einzelregelungen sei willkürlich. Ungereimtheiten und Fehlstellen durchzögen die Gesetzesentwürfe, das Gesetz würde die Diskriminierung fortsetzen. Zum anderen gehen nach Auffassung mehrerer ExpertInnen die Gesetzesentwürfe zur eingetragenen Lebenspartnerschaft an der Lebenswirklichkeit vorbei, weil es eine Vielzahl von Lebensformen gibt, in denen die Beteiligten, gleich ob homo- oder heterosexuell, ob zwei, drei oder mehr Personen, Verantwortung füreinander übernehmen, die aber von Anerkennung und rechtlichem Schutz ausgeschlossen bleiben. Ein Sondergesetz nur für lesbische und schwule Paare wäre ein Rückschlag in dem Bemühen, für alle legitimen Gestaltungsformen privaten Lebens ein Mindestmaß an Rechtsschutz zu etablieren. (Nach PE PDS, Christina Schenk)

# An einer Änderung der Energie-, Verkehrs-, Finanz- und Steuerpolitik führt kein Weg vorbei

Statt die Diskussion um die notwendige Änderung der Energie- und Verkehrspolitik zu befördern, wurde auf dem G-7-Gipfel in Prag am 24.9.2000 die Marschrichtung gegen die erdölproduzierenden Länder festgeklopft: „Die sieben führenden Industrieländer (G-7) sind sich einig, dass sie auf die hohen Ölpreise nicht mit Steuersenkungen reagieren wollen. Statt die Steuern zu senken, wollen die USA, Japan, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland lieber auf die Ölförderländer einwirken, ihre Fördermengen zu erhöhen.“ Immerhin berichtet dpa auch: „Außerdem wollten die Industriestaaten alle Möglichkeiten nutzen, den eigenen Energieverbrauch zu senken ...“ US-Präsident Clinton kündigte an, die Ölverkäufe aus den strategischen Reserven der USA auf den Markt zu werfen, um den Preisanstieg zu stoppen. Die Bundesregierung schloss einen solchen Schritt aus, da es keine Versorgungskrise auf dem Weltmarkt gäbe.

Ebenfalls auf dem G-7-Gipfel rechtfertigte IWF-Generaldirektor Horst Köhler das Eingreifen der Notenbanken zur Stabilisierung des Euro gegenüber dem Dollar.

Während sich Finanzminister Eichel in Prag darauf festlegte, dass die Bundesregierung derzeit außer einer allgemeinen Entfernungspauschale angeblich keine weiteren Ausgleichsmaßnahmen für die gestiegenen Ölpreise plane, will die italienische Regierung den italienischen Spediteuren und Taxifahrern vom 1. September bis zum Jahresende einen Zuschuss von 120 Lire (zwölf Pfennig) pro Liter Diesel gewähren. Frankreich will ebenfalls mehrere Berufsgruppen unterstützen. Die belgische Regierung dagegen erwägt umgekehrt eine Sondersteuer auf Krisengewinne der Ölkonglomerate, wenn diese sich nicht an der Finanzierung von Heizkostenzuschüssen beteiligten.

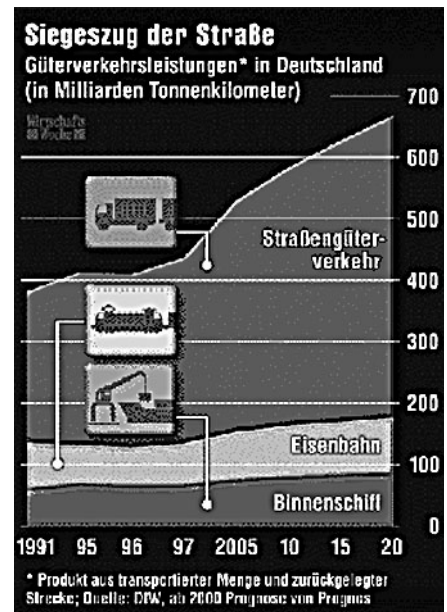
Die Wirkung solcher unterschiedlicher Maßnahmen innerhalb der einzelnen europäischen Länder und auf den Austausch zwischen diesen Ländern ist nicht so einfach abzusehen, weswegen die gegenwärtige Situation unweigerlich zu verschiedenen Sorten von Harmonisierungsdebatten in der EU führen wird: „Harmonisierung“ der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Steuer- und Verkehrspolitik.

Wie nebenstehende Tabelle zeigt, lässt der Abgabepreis der erdölproduzierenden Länder, der noch dazu je nach Konjunkturlage in den Industrieländern stark schwankt, ganz unterschiedliche Arten von Preisgestaltung z.B. des „End-

produkts PKW-Nutzung“ zu. Aufschlussreich ist immerhin, dass nicht nur bei einem Vergleich der Benzinpreise, sondern insbesondere bei einem Vergleich der Autokosten ohne Abschreibung und Reparaturen, also bei Berücksichtigung der Benzinkosten plus der verschiedenen Arten von Steuern und Abgaben, das Autofahren in Deutschland und Österreich zu den relativ preiswerteren Fortbewegungsmethoden gehört; jedenfalls im Vergleich mit anderen europäischen Ländern. Es wäre einer Untersuchung wert, der Frage nachzugehen, inwieweit die Rolle des „Kultur-guts“ Auto in Deutschland nicht zuletzt auch ein Ergebnis systematischer staatlicher Energie-, Verkehrs-, Finanz- und Steuerpolitik und der sie formenden Konzernpolitik ist. Jedenfalls fällt auch auf, dass Konzernchef Piëch sich gerade in diesen Tagen in mehreren Zeitungs- und Zeitschrifteninterviews über die segensreichen Wirkungen moderater Autobetriebskosten für den Automobilabsatz und die Autoproduktion auslässt. Piëch deutet in diesen Interviews aber auch an, dass bei funktionierenden Konkurrenzverhältnissen sich auch mit weniger Liter verbrauchenden Autos gutes Geld verdienen ließe. Daraus lässt sich schließen, dass man sich auch bei zukünftigem sparsamerem Benzinverbrauch im Straßenverkehr keine besonderen Sorgen um das Wohlergehen deutscher Automobilkonzerne machen muss.

Weit schwieriger dagegen ist eine tatsächliche Änderung der Verkehrspolitik mit dem Ziel der Verlagerung des Personen- und insbesondere auch des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Hier wurden in Jahrzehnten Fakten geschaffen. Und der Trend hält erst mal an.

Beim Fortgang der Dinge wird in den nächsten beiden Jahrzehnten eine weitere dramatische Steigerung der „Güterverkehrsleistung“ über LKW-Transport erwartet (s. Schaubild). Während in der



Gesamtwirtschaft der Energieeinsatz pro Einheit Bruttosozialprodukt gesunken ist, stieg er im Bereich Verkehr im Zeitraum von 1970 bis 1999 um 12%. Die wachsende „Verkehrsleistung“ wurde also neben allen auf die Allgemeinheit verlagerten sogenannten externen Kosten wie Umweltverschmutzung, Straßenabnutzung, Tote und Verletzte im Straßenverkehr, Gesundheitsschäden etc. auch noch mit einem wachsenden Energieeinsatz erkaufte. Auch wenn sich die Transportbranche derzeit in einer Strukturkrise befindet, ist der Güter-

Autobetriebskosten Treibstoff, Abgaben, Steuern in DM pro Jahr (ohne Abschreibung und ohne Reparatur)								
Annahme: 1,4 l VW Golf mit 75 PS, 15.000 km Fahrleistung pro Jahr								
LAND	D	A	CH	GB	E	F	I	DK
SUMME	1.116	1.172	1.403	1.417	1.445	1.636	1.771	2.121
Kfz-Steuer <sup>(4)</sup>	170	267	508	452		155	281	
Mineralölsteuer	946	774	830	965	751	1.100	1.157	470
Zulassungssteuer <sup>(5)</sup>					127	19	57	1.010
Maut/Vignette		131	48		472	362	276	
Sonstiges			<sup>(1)</sup> 17		<sup>(2)</sup> 95			<sup>(3)</sup> 641
1) Importabgabe 2) Städtische Steuer 3) Umweltsteuer 4) einschließlich motorbezogener Versicherungssteuer 5) Umlegung auf 15 Jahre								



transport auf der Schiene in vielen Bereichen derzeit kaum konkurrenzfähig: fehlende Streckenkapazitäten, veraltetes Waggonmaterial, mangelhafte Logistiksteuerung. Die großen Transportunternehmen, unter denen die kleinen Transportbetreiber aufgerieben werden, bieten dagegen Transport rund um die Uhr und quer durch den Kontinent unterstützt von edv-technisch ausgefeilten Steuerungssystemen. Der mit Abstand größte Logistikdienstleister in Europa ist die Deutsche Post Gruppe mit

27.500 Mrd. DM Umsatz im Jahr, und die benutzt natürlich vor allem die Straße. Zudem begünstigt auch die Struktur der transportierten Güter die Transportverlagerung auf die Straße noch weiter. Der Bedarf an Kapazität für großräumige Massentransportgüter nimmt ab und der Bedarf an Transportkapazität für eher kleinräumige Einzelgüter, deren Transportstrecke „just in time“ quer durch die Länder auch noch steigt, nimmt zu. Die kleinen Transportunternehmen können die gestiegenen Kraftstoffkosten – die sie

ja alle treffen – gegenüber ihren Abnehmern nicht abwälzen und versuchen noch dazu, sich gegenseitig bei den Lohnkosten zu unterbieten.

Eine unzweifelhafte kurzfristige Wirkung aber hat die Ölpreiserhöhung: die Inflation nimmt zu. Dagegen sind auch kurzfristige Maßnahmen angebracht. Die Lohnabschlüsse, die unter der Annahme nahezu stabiler Preise vereinbart wurden, müssen sicher neu überdacht werden. *chc*

Quellen: Handelsblatt, Wirtschaftswoche, Spiegel

## Parteien im Streit um Ökosteuer und Energiepreise

### CSU: Stoiber in der Tradition von Strauß. Die Wirtschaft braucht billige Energie

Mit einer Kundgebung in der Münchner Innenstadt hat die CSU eine breit angelegte Unterschriftenkampagne gegen die Ökosteuer gestartet. Der CSU-Vorsitzende Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber warf in seiner Rede der Bundesregierung vor, sich von den Sorgen der Menschen weit entfernt zu haben und abgehoben zu sein. Die Ökosteuer beeinträchtigt die Entwicklung der Volkswirtschaft in Deutschland.

### CDU: Winkeladvokaten des „kleinen Mannes“

*Deutschlands Autofahrer stöhnen.* Benzin ist nirgends mehr unter zwei DM zu haben. Während unsere Nachbarländer längst reagiert haben und Belastungen reduzieren, denkt die Schröder-Regierung nur ans weitere Draufsatteln. Und dies, obwohl durch die steigenden Belastungen 100.000 Arbeitsplätze allein im Transportsektor gefährdet sind.

*Wettbewerbsverzerrung in Europa:* Was jetzt Lkw-Fahrer, Bauern und anderen Gruppen extrem belastet, sind zudem auch die sehr unterschiedlichen Verhältnisse in Europa... Die öK.O.-Steuer verstärkt die internationale Wettbewerbsverzerrung zulasten unseres Landes.

*Euro-Schwäche:* Der hohe Benzinpreis hat auch sehr viel mit der Euro-Schwäche zu tun. Noch nie war in den letzten 50 Jahren in Deutschland eine Währung so schwindsüchtig wie heute der Euro. Das kostet die Bundesbürger viel Geld. Derzeit muss an den Rohölmärkten für ein Fass Rohöl umgerechnet 75 DM bezahlt werden. Bei gleichem Eurorokurs wie im Januar 1999 würde das Fass 55 DM kosten – immerhin also 20 DM weniger.

*Soziale Schieflage der öK.O.-Steuer:* Die Kopplung der öK.O.-Steuer mit der Rente führt zudem zu vollkommen verzerrenden Bedingungen: Familien mit drei Kindern zahlen fünfmal öK.O.-Steuer und – wenn nur einer erwerbstätig ist – bekommen nur einmal eine Entlastung beim Rentenbeitrag; ein kinderloses Ehepaar mit zwei Einkommen be-

kommt zweimal die Entlastung beim Rentenbeitrag und zahlt nur zweimal die öK.O.-Steuer.

*Diese öK.O.-Steuer ist ein wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischer Fehlschlag.* Ihr fehlt jede Lenkungswirkung, sie hat nichts mit Klimaschutz und Ökologie zu tun. Vielmehr schwächt sie unsere deutschen Unternehmen im internationalen Wettbewerb, belastet unsere Landwirte, das Bau- und Verkehrsgewerbe, den öffentlichen Nahverkehr sowie die privaten Haushalte, nicht zuletzt durch eine immens steigende zweite Miete.

**Das Maß ist voll – die öK.O.-Steuer muss sofort ausgesetzt werden!**

### F.D.P. macht müde mit: Weg mit der Ökosteuer

Welche Vorschläge hat die Bundestagsfraktion? Die Freien Demokraten haben im Deutschen Bundestag beantragt, die bisherigen Schritte der Ökosteuer zurückzunehmen und auf die geplanten weiteren Schritte zu verzichten. Zudem soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für eine wirkliche ökologische Steuerreform vorlegen. Dazu gehört die Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer, ihre Umlegung auf die Mineralölsteuer sowie die Umwandlung der Kilometerpauschale in eine fahrzeug-unabhängige Entfernungspauschale.

**PDS: Konzerne kassieren. Wir anderen verlieren. Ökosteuer? Nur sozial gerecht!**

*PDS-Flugblatt vom 18.9.:* Die Explosion der Diesel-, Benzin- und Heizölpreise erzeugt Wut und Angst. Verständlich. Denn viele sind besorgt, ob sie künftig noch die Heizkosten aufbringen können, Pendler wissen nicht, woher das Benzingeld für den täglichen Weg zur Arbeit kommen soll, mittelständische Fuhrunternehmer bangen um den Bestand ihres Betriebes, Brummifahrer um ihren Arbeitsplatz.

CSU/CDU/FDP versuchen nicht, das Problem zu lösen, sondern politisches Kapital daraus zu schlagen...

Verteidigt die PDS also die Ökosteuer? Diese „Ökosteuer“ nicht. Sie ist eine Mogelpackung. Sie ist sozial ungerecht, trifft Arbeitslose, Studenten, Rentner, Kinderreiche, Menschen im ländlichen

Raum besonders hart. Sie wirkt nicht ökologisch, da gerade energiefressende Betriebe, aber nicht Bahn- und Busunternehmen davon ausgenommen sind und die Einnahmen aus der Ökosteuer nicht in die Umwelt investiert werden. Wo ist der Ausweg? Die Einführung einer erhöhten Entfernungspauschale für den Arbeitsweg ist ein erster Schritt. Doch das reicht nicht aus. Eine echte Ökosteuer muss umweltschädigendes Verhalten belasten, umweltfreundliches belohnen. Das verlangt, den Menschen Alternativen zu bieten, z. B. bezahlbare Preise im öffentlichen Personenverkehr. Busse, Bahnen, Taxis dürfen nicht mit Ökosteuern belegt werden. Kurzfristig brauchen kleine Speditionsbetriebe Hilfe, um dem Konkurs zu entgehen. Längerfristig muss der Güterverkehr von der Straße auf die Schiene. Die Ökosteuer darf nicht die sozial Schwachen treffen.

### SPD: Höhere Energiepreise und niedrigere Arbeitskosten wirken als Innovationschub

Mit billigem Populismus versucht die Opposition derzeit ein wichtiges Reformprojekt der rotgrünen Bundesregierung kaputt zu reden: die ökologische Steuerreform. Die „kurzsichtigen und kurzatmigen Kampagnen“ der Union gegen die Ökosteuer gefährden den Aufschwung in Deutschland und damit Arbeitsplätze, sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder im Bundestag: „Für dieses Zündeln werden Sie die volle Verantwortung übernehmen müssen!“

Die Ökosteuerreform ist und bleibt ein wichtiger Reformschritt: Sie entlastet den Faktor Arbeit und belastet den Faktor Energie. Das ist ökologisch richtig und volkswirtschaftlich vernünftig.

### Bündnis 90/Die Grünen: Hohe Energiepreise zeigen Öko-Wirkung

„Null Öko, die Ökosteuer hat keinerlei ökologische Wirkung.“ – Falsch, die Mineralölindustrie verzeichnet für das erste Halbjahr 2000 deutliche Absatzrückgänge für die Mineralölprodukte. Bei Autoherstellern und Verbrauchern ist ein erstes Umdenken in Richtung Energiesparen und höherer Energieeffizienz zu verzeichnen

Zitate aus den Internetseiten vom 25.9.2000)

## Verbesserungen für Demenz-Kranke dringend notwendig

Anlässlich des Welt-Alzheimer-Tages am 24. September haben die Deutsche Alzheimer-Gesellschaft, die Hirnliga und die Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie einen Aufruf veröffentlicht und ihre Forderungen nach grundlegender Verbesserung der Lage von Demenz-Kranken und ihrer Angehörigen in vier Punkten zusammengefasst:

- Für Demenz-Kranke sollte die Trennung zwischen Kranken- und Pflegekassen aufgehoben werden,
- die Medikamente für die Kranken müssen durch die Solidargemeinschaft finanziert werden,
- die gerontopsychiatrische Ausbildung für Ärzte und professionell Pflegende ist zu verbessern,
- Versorgungsstrukturen für Demenz-Kranken und ihre Angehörigen müssen erhalten und ausgebaut werden.

Seit sich der Deutsche Bundestag im Oktober 1997 mit dem Thema Versorgungsstrukturen von Demenz- und Alzheimer-Patienten befasste, hat sich nichts, aber buchstäblich gar nichts zum Besseren geändert. Bundesgesundheitsministerin Fischer hat zwar Gesetze angekündigt, die pflegende Angehörige entlasten sollen, kommt aber, wie die *Ärzte Zeitung* (21.9.) bemängelt, nicht in die Gänge. Die SPD-Gesundheitspolitikerin Schmidt-Zadel kritisiert die Pläne Fischers als unzureichend. Angehörige müssten zwischen verschiedenen Leistungs-Alternativen wählen können. Die bundesweit rund 12.000 Tagespflege-Plätze für Demenz-Kranke reichen bei weitem nicht aus, die Möglichkeit, professionelle Pflegedienste ins Haus zu holen, besteht nur eingeschränkt, und die Lage der rund 200.000 Demenz-Kranken in Pflegeheimen ist aufgrund der äußerst knapp bemessenen Zeit, die für die Kranken aufgewendet wird – dafür sorgt das System der Pflegeversicherung – schlecht, oft sogar katastrophal.

Der PDS-Abgeordnete Ilja Seifert kritisierte in der Haushaltsdebatte am 12. September insbesondere diesen Gesichtspunkt der Zeit, die die Gesellschaft für die Demenz-Kranken nicht aufbringt, obwohl sie gerade zeitliche Zu-

wendung mehr als alles andere brauchen:

„Jetzt wird immerzu davon geredet, demenzkranke Menschen über die Pflegeversicherung wenigstens ein bisschen abzusichern, genau genommen ihre Angehörigen. Wie aber wollen Sie das machen, Frau Ministerin, wenn Sie nicht einmal ansatzweise den rein somatischen Pflegebegriff kritisieren?“

Demente Menschen brauchen doch nicht somatische Hilfe, sie brauchen einfach jemanden, der da ist. Das ist ein Zeitfaktor, nichts sonst. Die Pflegerichtlinien zwingen beispielsweise zu Folgendem: Die Abrechnung für die Begleitung



**Die Pflegeversicherung sichert das finanzielle Risiko eines Demenz-Pflegefalles nicht ab. Die physische und psychische Belastung für Angehörige ist immens. Die Bedürfnisse der Kranken zählen im System der Pflegeversicherung nichts.**

außer Haus darf zwei- bis dreimal im Monat vorgenommen werden, und zwar nur für ganz bestimmte Dinge, nämlich für so genannte Verrichtungen, bei denen der Betreffende ... unbedingt persönlich anwesend sein muss: für Arztbesuche und Bankgeschäfte. Wie aber wollen sie dementen Menschen und ihren Angehörigen über die Pflegeversicherung helfen, wenn sie zwei- bis dreimal pro Monate eine Stunde außer Haus dürfen? Allen Ernstes: Das ist nicht lächerlich, das ist traurig.“ scc

### Bundesgerichtshof zu §90a-Urteil

## Urteil gegen Angehörigen Info unhaltbar

Wie vor einiger Zeit berichtet, war das *Angehörigen Info* im Frühjahr 1999 in zweiter Instanz verurteilt worden, und zwar wegen zweier Artikel, in denen die GSG9 beschuldigt wurde, Wolfgang Grams in Bad Kleinen ermordet bzw. hingerichtet zu haben. Das Landgericht Hamburg sah in dieser Tatsachenbe-

hauptung den Tatbestand der Beschimpfung der BRD (§ 90a StGB) ausdrücklich unabhängig vom Wahrheitsgehalt erfüllt. Das Oberlandesgericht hatte im Revisionsverfahren das Urteil deshalb aufheben wollen, sah sich jedoch durch die herrschende Rechtsprechung daran gehindert (Urteil des BGH vom 20.7.61), auf die sich das Landgericht tatsächlich stützen konnte. Es konfrontierte den Bundesgerichtshof (BGH) mit einem Vorlegungsbeschluss, dessen Argumentation sich auch die Bundesanwaltschaft im Wesentlichen anschloss. Am 18. August erging ein Beschluss des BGH.

In gleich mehrfacher Hinsicht enthält nach Auffassung des BGH das Urteil des Hamburger Landgerichts keine einer revisionsrechtlichen Nachprüfung standhaltende umfassende rechtliche Würdigung des abgeurteilten Sachverhalts: 1. Statt einer Aufzählung „aus dem Zusammenhang gerissener Sätze und Satzteile“ zu schlussfolgern, das *Angehörigen Info* behaupte ein Szenario, das typisch für einen totalen Staat sei, hätte das Gericht beide Artikel getrennt voneinander rechtlich bewerten müssen. 2. Aus Wortlaut und Inhalt der beiden inkriminierten Artikel ergebe sich nicht von selbst, dass die Bundesrepublik Deutschland beschimpft werde. Tatsächlich richteten sich die Behauptungen gegen einzelne Bundesminister, den Generalbundesanwalt, den Verfassungsschutz und die GSG 9 sowie gegen einzelne Beamte. Das „Schutzgut“ des §90a sei aber das Ansehen der Bundesrepublik und nicht das von Staatsorganen. 3. Der BGH rügt, dass das Urteil keine Abgrenzung zwischen dem Straftatbestand des Beschimpfens und harter politischer Kritik, die unter den Schutz der Meinungsfreiheit fällt, vornimmt, „obwohl erhebliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass jedenfalls einige der beanstandeten Äußerungen der Angeklagten nur harte politische Kritik darstellen“.

In Sachen Vorlegungsbeschluss zog sich der BGH mit einem Trick aus der Affäre: Den Beschluss des BGH von 1961, nach dem es beim §90a – Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland – auf die Unwahrhaftigkeit der inkriminierten Äußerungen nicht ankommt, interpretiert er nun im Jahr 2000 einfach neu: Der alte Beschluss beziehe sich nämlich nicht auf konkrete, mit Mitteln des Beweisrechts überprüfbare Tatsachenbehauptungen, sondern auf Werturteile, die keinem Wahrheitsbeweis zugänglich sind. Ob Trick oder nicht – im Endeffekt entzieht der BGH der bisher herrschenden Rechtsprechung den Boden und zieht der endlos-willkürlichen Ausweitung des politischen Repressionsparagrafen 90a Grenzen.

Der BGH hat die Sache ans OLG Hamburg zurückgegeben. Die Auseinandersetzung kann sich noch lange hinziehen, der Freispruch jedoch ist wahrscheinlicher geworden.

scc



## Neue Kriegsgefahr in Jugoslawien!?

Die Wahlen in Jugoslawien – gewählt wurden die Abgeordneten für beide Kammern des Bundesparlaments, Kreisträger und kommunale Mandatsträger – sind vorbei; Ergebnisse liegen bisher nicht vor. Eines jedoch steht fest: Selten standen Wahlen so im Zeichen von Drohungen, Erpressung und Stimmenkauf wie diese Wahlen in Jugoslawien. Nein, nicht Milosevic – die NATO-Mitgliedsländer, nicht zuletzt die BRD, haben freie Wahlen in Jugoslawien verunmöglicht. Während sie die Opposition massiv förderten – u.a. mit der Ankündigung, im Falle ihres Wahlerfolges und nur ihres Wahlerfolges die Sanktionen aufzuheben –, drohten sie für den Fall eines unliebsamen Wahlergebnisses, das sie schon vorher als Fälschung bezeichneten, mit der Abtrennung Montenegros, mit Bürgerkriegsszenarien und militärischer Gewalt. Kritische Stimmen hierzu lande, die das Lügengeflecht zu zerreißen suchten, waren selten. Hier ist eine:

Im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen in Jugoslawien (24.9.) mehrt sich in der Friedensbewegung die Sorge um neue Kriegsgefahr auf der Balkanhalbinsel.

Obwohl jedem politisch Verantwortlichen im Westen bewusst sein müsste, wie niedrig die Schwelle zwischen Krieg und Frieden in und zwischen den Ländern des ehemaligen Jugoslawien seit Jahren ist, scheinen westliche Politiker mit ihren Äußerungen und ihrem Verhalten bewusst dazu beizutragen, die Lage weiter zu destabilisieren.

Dazu gehören insbesondere die verschiedenen Ankündigungen, die Wahlen in Jugoslawien nicht anzuerkennen, sofern der Wahlausgang nicht den Vorstellungen des Westens entspricht. So hat Bundeskanzler Schröder in Zusammenhang mit dem jugoslawischen Wahlrecht, das eine Direktwahl von Präsident und Parlamentariern vorsieht und damit jedem westlichen demokratischen Standard entspricht, sogar davon gesprochen, Milosevic „greife auf dieselbe Art nach der Macht wie Hitler“.

Nato-Generalsekretär Robertson sieht mehr als eine Woche vor der Wahl „erste Anzeichen“ für eine unfreie Abstimmung und kündigt an, Milosevic, einen der aussichtsreichen Kandidaten, zu verhaften, sollte er sich seinen Wählern im Kosovo zur Diskussion stellen.

Auch die Internationale Balkan-Kontakgruppe warnt ausdrücklich vor Wahlmanipulationen, während Maßnahmen des für die Verwaltung des Kosovo zuständigen UN-Beauftragten Kouchner gleichzeitig die Wahlteilnahme in der laut UNO-Resolution zur Republik Serbien gehörenden Region Kosovo behindern.

Dies alles sind Maßnahmen, die geeignet sind, die bevorstehenden Wahlen be-

reits im Vorfeld zu delegitimieren.

Jedem verantwortlichen Politiker muss aber bewusst sein, dass solche Äußerungen – unabhängig von Ablauf und Ausgang der Wahl – die Lage in Jugoslawien destabilisieren. Die in den Wahlen unterliegende Seite wird ermutigt, den Wahlausgang – unterstützt durch westliche Argumentationshilfe – auf keinen Fall anzuerkennen. Damit wäre eine Situation am Rande des Bürgerkriegs geschaffen.

Ergänzt wird diese gefährliche Situation noch durch die ungeklärte Situation in der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro, in der sich Separationsbefürworter und Separationsgegner in jeweils annähernd gleich großen Lagern gegenüberstehen und über bewaffnete Kräfte verfügen.

Bereits im März 2000 hat der ehemalige NATO-Generalsekretär und jetzige Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Solana, deutlich gemacht, dass die Gefahr eines neuen Bürgerkrieges in Jugoslawien durchaus erkannt ist: „Wir haben Milosevic deutlich gesagt, dass wir das Auftauchen welches Problems auch immer in Montenegro nicht tolerieren werden.“ Mit dieser vorbeugenden Schuldzuweisung wurde erneut Öl ins Feuer gegossen und gleichzeitig den montenegrinischen Separationskräften Hoffnung auf ein neuerliches militärisches Eingreifen des Westens gemacht.

Die offene Unterstützung des Westens für die jugoslawische Opposition und für die Separationskräfte in Montenegro widerspricht nicht nur eklatant dem Nichteinmischungsgebot des Völkerrechts. Sie ist gleichzeitig ein Spiel mit dem Feuer des Krieges.

In diesem Zusammenhang sieht die Friedensbewegung auch die jüngsten Meldungen über geplante Militärübungen der NATO-Staaten Frankreich, Italien und USA im jugoslawischen Nachbarland Bulgarien, sowie die zahlreichen Meldungen über Waffenlieferungen und Ausbildungshilfen aus westlichen Staaten für die bürgerkriegsgerechte montenegrinische Polizei. Angesichts dieser Warnzeichen für einen neuerlichen Krieg auf dem Balkan appelliert die Friedensbewegung an die Bundesregierung:

- alles zu unterlassen, was zu einer weiteren Destabilisierung der Situation auf der Balkanhalbinsel beitragen könnte.
- entsprechend der UNO-Charta jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder des ehemaligen Jugoslawien zu unterlassen.
- das Embargo gegen die ohnehin kriegsgeschädigte Bevölkerung Jugoslawiens aufzuheben.
- eine Politik der wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung aller Staaten des ehemaligen Jugoslawien zu betreiben und international zu unterstützen und so die latente Kriegsgefahr zu überwinden.

*Hände weg vom Spiel mit dem Feuer des Krieges!*

*i.A. des Plenumtreffens des Friedensnetzes Ba-Wü, Dieter Lachenmayer*

## Festung Europa – Streiflichter

**SCHNELLE EINGREIFTRUPPE.** Die Vorbereitungen zur Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe der EU stehen kurz vor dem Abschluss. Am 20. November soll die genaue Zusammensetzung beschlossen werden, im Frühjahr 2001 der 90 Offiziere umfassende Führungsstab aufgestellt, die Eingreiftruppe selbst bis 2003 einsatzbereit sein. Scharping hat bei einem informellen Treffen der EU-Verteidigungsminister 18.000 Soldaten aus Heer, Luftwaffe und Marine in Aussicht gestellt – von insgesamt bis zu 60.000, d.h. die Bundeswehr stellt knapp ein Drittel der Eingreiftruppe, die bis zu 4000 Kilometer Entfernung über ein Jahr lang soll operieren können. Das Gewicht der BRD wird noch dadurch erhöht, als es ihr bereits gelungen ist, die Niederlande für den Aufbau gemeinsamer Lufttransportkapazitäten einzuspannen. Ähnliches ist auch für den Seetransport geplant. Frankreich hat den Umfang seiner Truppen noch nicht festgelegt, Norwegen und die Türkei, die beide der Nato, nicht jedoch der EU angehören, verlangen an Entscheidungen über den Einsatz der Truppe gleichberechtigt beteiligt zu sein.

**GRENZSCHUTZTRUPPE.** Die Innenminister der BRD und Italiens haben engere Zusammenarbeit und gegenseitigen Austausch von Polizeibeamten vereinbart. Ziel ist, so der italienische Regierungschef Amato, der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Polizei an allen EU-Außengrenzen. Auf dem Weg dahin sollen bald italienische Polizisten in grenznahen Regionen mit ihren deutschen Kollegen zusammenarbeiten und umgekehrt deutsche Polizisten zeitweilig in Norditalien stationiert werden.

**„ANSPRUCHSINFLATION“.** Mitte September ist das Präsidium der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) mit den EU-Kommissaren Frits Bolkestein und Günter Verheugen zusammengekommen. Eines der Anliegen war die Zurückweisung der jüngst u.a. von Roman Herzog vorgelegten EU-Grundrechtecharta. BDA-Präsident Hundt griff die Charta als „Inflation von angeblichen Grundrechten“ und „Sammelsurium von Verfahrensrechten, sozialen und wirtschaftlichen Ansprüchen sowie zahlreichen politischen Zielen“ heftig an. Er wolle eine Charta, „die sich auf die wirklichen, elementaren Freiheits- und Abwehrrechte der Bürger beschränkt“, die Formulierung sozialer Rechte wie Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitnehmerschutz würde, auch wenn sie nicht rechtsverbindlich sei, doch mittelbar im Rahmen der Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof zu „zahlreichen Sozialleistungsansprüchen“ führen. (Rede vom 18.9.)

Anfang September sprach, auf Einladung des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD, der Vorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Polens „Proletariat“ Zbigniew Wiktor auf Veranstaltungen in mehreren Städten. Hier ein Bericht über die Veranstaltung in München, entnommen den Münchner Lokalberichten 19.

## Über die deutschen Machenschaften in Polen und die Situation der Arbeiter und anderen Werktätigen

Er stellte seine Partei vor, die sich nach der Selbstauflösung der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei gegründet hatte. Polen brauche wieder eine starke Kommunistische Partei, nachdem die Führung der VPAP zum Opportunismus und Revisionismus übergegangen war. Auch sei die Erfahrung der polnischen Konterrevolution, mit der besonderen Rolle der Solidarnosc, die im Gewand einer Arbeiterbewegung, einer Gewerkschaft dahergekommen ist, eine wichtige Erfahrung für die gesamte internationale Arbeiterbewegung. So sei in Polen unter den Kommunisten nach der Niederlage und durch sie auch „neue Weisheit“ entstanden.

Nachdem es im Zuge der Niederlage Volkspolens und des Sozialismus unter den Arbeitern und anderen Werktätigen viele Illusionen gegeben habe über den Kapitalismus und dass sich durch ihn die Lage der Bevölkerung verbessern lasse, verändere sich nach den Erfahrungen der letzten 10 Jahre das Klassenbewusstsein wieder. Die eigentliche Solidarnosc, die zu ihren Hochzeiten 10 Mio. Mitglieder zählte, sei heute auf 1 Mio. geschrumpft. Die politischen Parteien, die aus Solidarnosc hervorgegangen sind, seien zersplittert und die meisten davon am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt. Einige ehemalige Führer der Solidarnosc hätten sich – neben den anderen Nutznießern der Konterrevolution – immens bereichert, während es großen Teilen des werktätigen Volkes immer schlechter gehe. Es gebe wieder Hunger in Polen und dadurch ausgelöste Mangelkrankheiten wie Tuberkulose, die in Volkspolen bereits ausgerottet gewesen war. Kürzlich sei in Gdansk auf dem Gelände der Lenin-Werft der 20. Jahrestag der Solidarnosc-Gründung mit viel in- und ausländischer Prominenz und unter gewaltigem Polizeiaufgebot „gefeiert“ worden. Auch Lech Walensa sprach, aber es waren keine Arbeiter da, es gibt keine Arbeiter mehr auf der Lenin-Werft, weil die Gdansk-Werft geschlossen ist.

Es wachse antikapitalistisches Bewusstsein und antikapitalistischer Widerstand, wenn auch unter großen Schwierigkeiten. So sei die Gewerk-

schaftsbewegung zahlenmäßig geschwächt und furchtbar zersplittert. Aus der Sicht von Zbigniew Wiktor ergibt sich die Notwendigkeit, einerseits die Kommunistische Partei zu stärken, andererseits an der Schaffung einer „antikapitalistischen Front“ zu arbeiten, die bis zu den Sozialisten und der Bauernpartei reichen müsse.

Zbigniew Wiktor erinnerte im Zusammenhang mit dem Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen an die lange Geschichte der Eroberungen, Besetzungen und der Unterdrückung des polnischen Volkes durch Deutschland und seine herrschenden Klassen.

Dabei habe Deutschland nicht nur offene militärische Eroberungszüge durchgeführt, sondern eine Reihe von „raffinierten, zielstrebigem und vielfältigen Maßnahmen“ entwickelt. So sei zwar seit den Verträgen von 1990/91 die polnische Westgrenze „endgültig“ von Deutschland anerkannt worden, gleichzeitig werde aber die Souveränität des polnischen Staates als Ganzes unterhöhlt und in Frage gestellt. Zbigniew Wiktor nannte die ökonomische Expansion durch Investitionen deutscher Firmen und besonders des Finanzkapitals, die militärische Expansion und die Wühlarbeit mit Hilfe der „deutschen Minderheit“.

Letztere wachse seit dem Ende Volkspolens beständig an. Dies finde seinen Boden einerseits in Massenarbeitslosigkeit und Massenelend und werde andererseits durch politische Maßnahmen der BRD und eine Nachgiebigkeit der Herrschenden in Polen gefördert. So stecke die deutsche Bundesregierung (aus dem Budget des Innenministeriums!) jährlich 250 Mio. DM in die Förderung „deutscher“ Parteien, Organisationen und Strukturen in Polen.

Auch werde nicht nur polnischen Staatsbürgern „deutscher Abstammung“ bereitwillig weiterhin die deutsche Staatsbürgerschaft „verliehen“, sondern zunehmend auch Polen, die in Deutschland arbeiten, über eine „Freiwilligen-Rekrutierungsstelle Ost“ der Eintritt in die Bundeswehr und darüber ein deutscher Pass vermittelt. Diese kehrten dann mit „doppelter Staatsbürgerschaft“, die das polnische Staatsrecht gar nicht erlaubt, nach Polen zurück.

Ebenso rechtswidrig nach den polnischen Gesetzen sind die deutschen „Landkäufe“ in Polen. Zehntausende Hektar Staatsland sind so über Strohmannen oder dubiose „Stiftungen“ und Kapitalgesellschaften in den letzten zehn Jahren zu Spottpreisen (1:50 im Verhältnis zu Bodenpreisen in der BRD) wieder in die Hände deutscher Junker und anderer deutscher Bodenspekulanten gelangt.

Im Zusammenhang mit Äußerungen des Vorsitzenden der Gruppe der deutschen Minderheit im polnischen Parlament, dem Sejm, der offen behauptet hatte, die „Schlesier“ seien eine „Nation“, erinnerte Zbigniew Wiktor an den Kosovo-Konflikt in Jugoslawien und wie schnell



**Propagandabild des Scharping-Ministeriums: Übung des deutsch-dänisch-polnische Heereskorps, das am 18.9.99 in Szczecin in Dienst gestellt wurde und der NATO assigniert ist**

solche Methoden zur Infragestellung staatlicher Souveränität in offenen Krieg umschlagen können, wie voriges Jahr in den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Auch deutsches Militär ist schon wieder auf polnischem Boden stationiert, und zwar nicht „im Rahmen der NATO“, sondern eines gesonderten Stationierungsabkommens, durch das ein trilaterales Korps „Nordost“ aus Polen, Dänen und der 14. Panzergrenadierdivision Neubrandenburg der Bundeswehr im Raum Szczecin gebildet wurde.

Zbigniew Wiktor schätzte aufgrund dieser Faktoren die heute herrschende Klasse in Polen als Kompradorenbourgeoisie ein, völlig abhängig von und willfährig gegenüber den ausländischen imperialistischen Mächten, insbesondere dem deutschen Imperialismus.

Dem deutschen „Drang nach Osten“, der in Polen nicht ende, entgegenzutreten und die Losung „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“ zu erneuern, sei gemeinsame Aufgabe der antikapitalistischen Kräfte und aller Antifaschisten und Kriegsgegner in Polen und in Deutschland.

Der Vorsitzende der KP Polens „Proletariat“ sprach auf Einladung des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD im Rahmen der Veranstaltung „Polen ist noch nicht verloren – wieder“.

Zuvor hatte Helge Sommerrock vom Exekutivkomitee des Arbeiterbunds in einem ausführlichen Referat die These begründet, der deutsche Imperialismus bemächtige sich erneut Polens mit Methoden, die zwar – noch – nicht „Bomben, Kanonen und Panzer“ bedeuten, aber auch weit über den Rahmen „normalen“ Kapitalexportes hinausgehen. So sei die ökonomische Expansion dadurch charakterisiert, dass sich das deutsche Monopolkapital bereits über Investitionen, Aufkäufe und nicht zuletzt die horrenden Staatsschulden Polens große Teile des polnischen Nationalvermögens angeeignet habe, zum anderen müsse das Augenmerk eben auf die politischen Maßnahmen gelenkt werden, mit denen die polnische Staatssouveränität ausgehöhlt, abgebaut und in Frage gestellt werde. M.B.

# KPÖ unterstützt Volksbegehren der „Aktion EU-Austritt“ nicht

Wir dokumentieren den Beschluss der KPÖ-Parteikonferenz vom 16.9.2000

Von 29.11. bis 6.12.2000 liegt das Volksbegehren der „Aktion EU-Austritt“ für eine Neuausragung der EU-Volksabstimmung zur Unterschrift auf. Diese neue Volksabstimmung soll zur Frage „Soll der EU-Beitritt außer Kraft gesetzt werden?“ durchgeführt werden. Erreicht das Volksbegehren 100.000 Unterschriften, muss sich das Parlament damit befassen, ist allerdings nicht zur Durchführung des Volksbegehrens (und damit einer neuen Volksabstimmung) verpflichtet.

Das Volksbegehren greift Argumente auf, die denen der KPÖ vor der Volksabstimmung 1994 entsprechen. Es ist ein demokratisches Recht, nach Art und Weise und Umständen der damaligen Volksabstimmung eine Neuausragung zu fordern. Die Warnungen und Befürchtungen, die die KPÖ seinerzeit geäußert hat, sind seit der EU-Mitgliedschaft eingetreten (Neutralität, Euro, Sozialabbau u.a.). Die Perspektiven der EU liegen nach dem Krieg gegen Jugoslawien mehr denn je im Militärischen usw.

Die ProponentInnen des Volksbegehrens setzen sich aus verschiedenen kleineren EU-kritischen Gruppierungen, Bürgerinitiativen und Personen zusammen, darunter auch betont rechtskonservativen wie die „Christliche Wählergemeinschaft“ in Tirol bzw. der Verein „Zeit-Fragen Österreich“ (dem Österreich-Ableger der Schweizer Blocher-Gruppe).

Dass die ProponentInnen keine Berührungspunkte zur extremen Rechten haben, zeigt sich dadurch, dass sie sich bisher nicht von der publizistischen Unterstützung durch offen rechtsextremistische und antisemitische Gruppen wie die um Weiß, Drexler bzw. Rosenkranz distanzieren haben. Die KPÖ wird daher alles tun, um die chauvinistischen Motive der Gruppen aufzudecken.

Die Kritik an dem neoliberalen Projekt EU und die Forderung, dass einzelne Staaten aus der EU wieder austreten können, um mögliche andere demokratische internationale Formierungen zu forcieren, wird von der KPÖ weiter betrieben.

Gleichzeitig stellt die KPÖ klar, dass es keinerlei Berührungspunkte zur nationalistischen, rassistischen, sexistischen Rechten geben kann, auch wenn konkrete Forderungen oberflächlich ähnlich erscheinen. Genauso wie die KPÖ ein Volksbegehren der FPÖ ablehnen und bekämpfen würde, genauso lehnt sie auch die Unterstützung des vorliegenden

Volksbegehrens erzkonservativer und rechtslastiger Splittergruppen ab.

Aus diesen Gründen ruft die Parteikonferenz der KPÖ am 16. September 2000 auf, das Volksbegehren NICHT zu unterstützen.

## Kriegsverbrechen

# USA zerstörten absichtlich irakische Trinkwasserversorgung

Die absichtliche Zerstörung der Anlagen zur Trinkwasserversorgung der irakischen Bevölkerung während des Golfkrieges verstößt gegen Artikel 54 der Genfer Konvention und stellt ein Kriegsverbrechen dar, dem Hunderttausende von Irakern, hauptsächlich aber Kindern, zum Opfer gefallen sind. Nach Ende des Krieges 1991 hat die von den Vereinigten Staaten geführte westliche Allianz sichergestellt, „dass alle Versuche, im Irak wieder sauberes Wasser zu produzieren, fehlgeschlagen sind“. Dies behauptet Thomas J. Nagy, ein angesehener amerikanischer Professor und Experte für Öffentliche Gesundheit an der George Washington University. In der Absicht, die Verantwortlichen für dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu bringen, will Prof. Nagy demnächst ein Hearing mit Fachleuten veranstalten.

Seit dem Golfkrieg sind im Irak von Wasser verursachte Krankheiten weitverbreitet und haben längst epidemische Ausmaße angenommen. Dazu zählen nach Aussage von Prof. Nagy Typhus, Dysenterie, Cholera, Hepatitis, Polio und andere, weniger bekannte Krankheiten. 1990 hatte ein Kind mit schweren Durchfallerkrankungen im Irak noch eine Chance von 600, um zu überleben. 1999 standen die Überlebenschancen nur noch bei 50 zu 1.

UNICEF hat wiederholt auf die „schwerwiegenden Auswirkungen der zerstörten Wasserversorgung und des Abwassersystems des Iraks insbesondere auf die Gesundheit der Kinder“ hingewiesen. Durchfallerkrankungen haben demnach „epidemische Ausmaße“ erreicht und sie sind „die Haupttodesursache bei Kindern unter fünf“. UNO-Berichten zufolge sind seit Ende des Kriegs bereits Hunderttausende von Kindern an den Folgen gestorben. Eingefrorene Verträge mit ausländischen Firmen für Geräte und Dienstleistungen zur Sanierung des Wasser- und Abwassersystems „sind der Hauptgrund für die zunehmenden Krankheits- und Todesfälle“, protestierte kürzlich der amerikanische Kongressabgeordnete Hall in einem Schreiben an Außenministerin Albright gegen die von Washington betriebene Embargopolitik der UNO.

Kaum zu glauben, dass jemand mit Absicht einen solchen Massenmord, der hauptsächlich Kinder trifft, planen könn-

te. Aber genau das behauptet Prof. Nagy und legt als Beweis ein ihm zugespieltes, siebenseitiges Dokument vor, in dem der militärische Nachrichtendienst der USA (DIA) im Golfkrieg genau diese Vorgehensweise empfohlen hat. Gegenüber dem britischen Wochenmagazin „Sunday Herald“ erklärte Prof. Nagy, dass all jene, die für die Planung und Durchführung dieser Maßnahmen gegen den Irak verantwortlich sind, gegen die amerikanische Verfassung verstoßen hätten und sich „wahrscheinlich der Verschwörung zum Völkermord“ schuldig gemacht haben. („Allies deliberately poisoned Iraq public water supply in Gulf War“, Sunday Herald, Publication Date: Sep 17 2000)

Das Dokument der DIA (Defence Intelligence Agency) erschien einen Tag nach Anfang des Krieges und trägt den Titel: „Verletzbarkeiten des irakischen Wassersystems“, und es wurde an alle größere Kommandostellen der Golfkriegsallianz verteilt. Darin steht, dass Irak erhebliche Anstrengungen unternommen hatte, seine Bevölkerung mit sauberem Wasser zu versorgen. Dabei war das Land abhängig von Importen von Spezialgeräten und Reinigungskemikalien, denn das natürlich im Irak vorkommende Wasser ist „stark mineralhaltig und oft brackig“. In dem Bericht steht wörtlich: „Wird die Versorgung mit diesen Produkten unterbunden, dann wird das zu einem Mangel an sauberem Trinkwasser für einen Großteil der Bevölkerung führen. Dies wiederum könnte zu zunehmenden Krankheitsfällen, wenn nicht sogar zu Epidemien führen. Außerdem würden alle Industrien, die von sauberem Wasser abhängen, stillgelegt.“ Der Bericht schließt mit der Feststellung, dass „es bis zum totalen Zusammenbruch des Abwassersystems mindestens sechs Monate dauern wird“.

Auf Grund der Kriegsführung ist es für Prof. Nagy klar, dass dieser völkermörderische Plan der DIA auch in die Tat umgesetzt wurde. Schließlich haben die westlichen Vorkämpfer für humanitäre Werte die acht großen multi-funktionalen Dämme Iraks wiederholt angegriffen und zerstört. Ebenfalls zerstört wurden vier der sieben großen Pumpstationen Iraks und die 31 wichtigsten städtischen Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen, davon 20 allein in Bagdad. Die rohen Abwässer der Großstadt fließen seither in den Tigris, aus dem sich ganze Landstriche unterhalb Bagdads mit Wasser versorgen. Im ganzen Irak wurden Wasseraufbereitungsanlagen angegriffen und in die Luft gejagt.

Artikel 54 der Genfer Konvention verbietet ausdrücklich, Anlagen zu zerstören oder unbrauchbar zu machen, „die zum Überleben der Zivilbevölkerung notwendig sind“. Und damit kein Zweifel aufkommt, um welche Anlagen es sich handelt, werden sie in Artikel 54 aufgezählt. Dazu gehört auch die Anlagen „zur Versorgung mit Trinkwasser“.

Rainer Rupp, Saarburg den 18.9.00





Die ersten Aktionen gegen die Tagung von IWF und Weltbank in Prag fielen bisher leider kleiner aus als erwartet. Allerdings können wir vom Globalen Aktionstag am 26.9. nicht berichten, da er nach unserem Redaktionsschluss stattfand. Am 24. demonstrierten morgens rund 3000 Menschen aus Protest gegen eine Kundgebung von Nazis, am Nachmittag rund 2000. Eine Ursache für die enttäuschende Beteiligung mag sein, dass die Behörden zahlreiche Busse und u.a. einen Sonderzug aus Italien mehrere Stunden lang an den Grenzen festhielten.

## Bauernführer lehnt Landverkauf an Ausländer ab

Der radikale polnische Bauernführer Andrzej Lepper hat am Montag im westpolnischen Zielona Gora den Landverkauf an Ausländer scharf kritisiert. „Hitler benutzte im Jahr 1939 Panzer und Flugzeuge, um sich Land anzueignen“, sagte der Chef der Bauerngewerkschaft „Samobrona“ (Selbstverteidigung), der bei den Präsidentschaftswahlen am 8. Oktober für das Amt des polnischen Staatsoberhauptes kandidiert. „Heute verwenden Kohl und sein Nachfolger Schröder für das gleiche Ziel Mark und Euro.“ In Falle eines Wahlsiegs werde er den Landverkauf an Ausländer verbieten, kündigte Lepper an.

## Estland: Ein Drittel der Esten würde im EU-Ausland arbeiten

Eine Studie des finnischen Gewerkschafterdachverbands zeigt, dass jeder Dritte der 1,2 Millionen Esten es für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich hält, eine Zeitlang in den EU-Ländern Mittel- und Nordeuropas zu arbeiten. Wenig überraschend ist es, dass Finnland an erster Stelle genannt wird, denn beide Länder sind nur 80 Kilometer voneinander entfernt und die sprachliche Verwandtschaft der Esten und Finnen ist sehr eng. Die estnische Wirtschaft sowie ihr Im- und Export wird von finnischen Unternehmen dominiert, die die Gunst der Stunde vor 10 Jahren nutzten. Nach Berechnungen der Studie sind nur 10% der Esten fest entschlossen, sich für eine Periode oder ständig in Finnland niederzulassen.

Die weiteren Wunschemigrationsländer der Esten sind Deutschland und Schweden. Hier zeigt es sich, dass diejenigen, die in gesicherten, durchschnittlichen Arbeitsverhältnissen leben, weit aus weniger geneigt sind, in die Fremde zu ziehen. Arbeitslose und Ungelernte sind laut der Untersuchung, die vom finnischen Gallup ausgeführt wurde, überproportional an einer Arbeit insbesondere in Finnland interessiert. Hier dürfte insbesondere der Servicebereich von billiger Arbeitskraft profitieren. Hinzu kommt, dass von der Mehrheit dieser Interviewten klar gemacht wurde, dass sie bereit sind, unter Tarif und ohne Rücksicht auf Überstunden, schwarz oder als Streikbrecher zu arbeiten.

Einen großen Unterschied gibt es zwischen der estnischen und russischen Bevölkerungsgruppe. Während rund ein Viertel der gebürtigen Esten an Arbeit im Ausland interessiert ist, zeigten sich knapp 40 Prozent der russischsprachigen Gruppe an einem kürzeren oder längeren Auslandsaufenthalt interessiert. Solange die offizielle Sprachen- und Einbürgerungspolitik sich nicht entscheidend ändert, wird sich dieses Bild kaum ändern. Die Studie befragte die Esten auch über ihre Erwartungen hinsichtlich der sozialen Entwicklung nach einem EU-Beitritt. Eine Mehrheit erwartet nicht, dass die Mitgliedschaft ihre persönliche wirtschaftliche Situation entscheidend verbessert. Als Gegenmittel gegen ihre Ausnutzung als billiges Arbeitskräftepotenzial für die reichen EU-Länder sehen die meisten Esten starke Gewerkschaften an. Der finnische Gewerkschafterdachverband betrachtet die Verteidigung der Interessen seiner Mitglieder als das

Wichtigste und schloss, dass eine sieben- bis zehnjährige Übergangsperiode notwendig ist, bevor die freie Beweglichkeit der estnischen Arbeitskräfte in der EU eingeführt werden könne.

## Attentate auf Gewerkschaftsfunktionäre häufen sich

In der letzten Ausgabe hatten wir von einem Attentat auf einen rumänischen Gewerkschafter berichtet. Hier nun weitere Infos.

Virgil Săhleanu, der Gewerkschaftsführer des Jassyer Großbetriebs Tepro, ist am 7. 9. morgens beim Verlassen seines Wohnblocks von zwei Männern aus Bârlad niedergestochen worden. Er verblutete kurz darauf im Krankenhaus. Die Täter und ihre Hintermänner wurden nach einem Großeinsatz von Polizei, Grenzschutz und Geheimdienst binnen weniger Tage gefasst. Außer den vermutlichen Mördern befinden sich noch weitere fünf Personen in Untersuchungshaft, darunter der Tepro-Generaldirektor Victor Bălan, der Chef der Leibwächterfirma Protect aus Vaslui, Cătălin Ciubotaru und einige Angestellte dieser Firma.

Virgil Săhleanu, seit 1998 Gewerkschaftsführer bei Tepro, hatte wiederholt auf Unregelmäßigkeiten im Verlauf der Privatisierung des Betriebs aufmerksam gemacht und auch versucht, den Verkauf der auf die Produktion von Rohren spezialisierten ehemaligen Uzina Metalurgică an die tschechische Firma Zelezarny Veseli (zu deutsch: „Die lustigen Schmiede“) rückgängig zu machen. Die Betriebsbelegschaft streikt seit Monaten immer wieder gegen die Entlassungen und die angebliche Mißwirtschaft der Betriebsleitung. Zum Verhängnis wurde Săhleanu, wie die Polizei herausgefunden haben will, sein Widerstand gegen den Abschluss eines Vertrags zwischen Tepro und Protect, demzufolge die Wach- und Personenschutzfirma für 416 Mio. Lei monatlich den Jassyer-Betrieb hätte bewachen sollen. Der Gewerkschaftsführer wollte die Wächterrolle kostensparend den zu entlassenden Arbeitern anvertrauen. Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft hat Tepro-Direktor Bălan zusammen mit dem Protect-Chef Ciubotaru das Verbrechen ausgeheckt. Absicht sei allerdings „bloß“ gewesen, Săhleanu einen Denkmittel zu verpassen und ihn für einige Monate aus dem Verkehr zu ziehen. Die Anstiftung durch den tschechischen Aufsichtsratsvorsitzenden Zdenek Zemek wird nicht ausgeschlossen.

Zwei Wochen vor diesem Anschlag sind zwei Funktionäre der Alfa-Gewerkschaft krankenhausreif geprügelt worden. Am Mittwoch früh wurde in Temeswar die Gewerkschaftsführerin der Wollweberei ILSA beim Verlassen ihres Hauses niedergeschlagen.

Zusammenstellung: hav

BONN. Rund 400 Flüchtlinge aus verschiedenen Städten zogen am 21.9. protestierend vor afrikanische Botschaften und Konsulate sowie das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn (siehe auch letzte Ausgabe der PB). Das Ministerium hat durch die Androhung, Entwicklungshilfegelder zu kürzen, etliche Staaten unter Druck gesetzt, Kontingente abgelehnter Asylbewerber zu übernehmen. Eine der Maßnahmen, die dabei angewendet werden, sind die sogenannten „Botschaftsanhörungen“. Vertreter afrikanischer Regierungen werden eingeladen, um bei Flüchtlingen „ungeklärter Staatsangehörigkeit“ zu testen, ob es sich um Landsleute handelt. Dabei werden in Hamburg für jedes z.B. von Guinea ausgestellte Reisedokument 50 DM bezahlt. Immer wieder haben Flüchtlinge im letzten Jahr dagegen demonstriert. Die Aktion in Bonn, zu der verschiedene Flüchtlingsorganisationen aufgerufen hatten, wird von den Beteiligten als Erfolg bewertet.



Bild: Ic

## Für das Recht auf Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen in Deutschland

HANNOVER. Am 3. Oktober wird ab 13 Uhr Hauptbahnhof in Hannover eine Demonstration gegen das Residenzpflichtgesetz stattfinden. Dazu rufen Betroffene aus der Gruppe *Karawane – Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen* auf: „Die augenblicklichen Erklärungen der deutschen PolitikerInnen sind für uns reiner Hohn. Wie können sie sich öffentlich gegen den Neo-Naziterror aussprechen, wenn sie nahezu zwei Jahrzehnte die Grundlage dafür geschaffen haben. Sie haben uns von der deutschen Gesellschaft isoliert. Sie haben uns erniedrigt und terrorisiert. Die Residenzpflicht, vergleichbar mit den Passgesetzen des ehemaligen Apartheidregimes in Südafrika, ist der ausdrückliche rechtliche Beweis dafür. Die Flüchtlinge der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ haben sich dazu entschieden, eine Kampagne des zivilen Ungehorsams gegen die Residenzpflicht zu starten.“

[www.humanrights.de](http://www.humanrights.de)

## Aktionen des Weltfrauenmarsches

BERLIN/KARLSRUHE/AACHEN. Seit dem 8. März läuft eine Postkartenaktion mit Forderungen an die Regierungen und an die UNO zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen. 3.500 Organisationen aus 143 Ländern haben sich dem Frauenmarsch angeschlossen und organisieren in ihren Ländern Aktivitäten. Weltweite Forderungen sind: Bekämpfung der Armut in den einzelnen Ländern, Schutz der Arbeiterinnen, Umverteilung der Betreuungspflichten, Recht auf Ausbildung, Solidarität mit den Frauen der „Dritten Welt“, Umverteilung des Reichtums. Unter dem Motto „Frauen setzen Zeichen gegen Armut und Gewalt an Frauen“ koordinieren

deutsche Organisationen zur Zeit ihre Aktivitäten. Am 28.9. werden die Postkarten mit einer Aktion vor dem Reichstag in Berlin an die Bundesregierung übergeben. Am 7.10. zieht ein Sternmarsch mit Frauen-Silhouetten nach Karlsruhe vor das Bundesverfassungsgericht. Am 9.10. gibt es einen Staffellauf Würselen-Aachen zum Dreiländereck, wo eine Kundgebung mit EU-Abgeordneten stattfindet. Am 14.10. demonstrieren Frauen der IG Metall Bezirksleitung in Frankfurt. Am gleichen Tag findet der europäische Frauenmarsch in Brüssel statt, zu dem auch aus deutschen Städten Busse fahren. Am 15. 10. marschieren Frauen in Washington zur Weltbank und am 17.10., dem Internationalen Tag für die Überwindung von Armut, werden sich Frauen aus vielen Ländern vor dem UN-Gebäude in New York versammeln und die Postkarten an den UNO-Generalsekretär übergeben.

[www.deutscher-frauenrat.de](http://www.deutscher-frauenrat.de)

## Kampagne gegen Landminen

MÜNCHEN. Fünf Tonnen alter Schuhe türmten sich am 14. September auf dem Marienplatz als Mahnmal der Internationalen Kampagne gegen Landminen. Ähnliche Aktionen fanden in 29 Städten der



EU statt. Die Kampagne hat bereits einige Erfolge erzielt. Während 1990 noch 34 Staaten Anti-Personen-Minen produzierten, sind es heute noch 16, außerdem haben mindestens 19 Länder ihren Bestand zerstört – dazu gehört Deutschland. Doch es bleiben deutsche Minen, wie die von der DASA produzierte (als Submunition bezeichnete) MUSPA oder die Anti-Panzer-Mine AT2 von Dynamit Nobel. Beide lagern in den Beständen der Bundeswehr – und beide werden von Staaten wie Italien und den USA als Anti-Personen-Minen eingestuft. Kampagnenmitglieder erklären: „Auch die deutschen Anti-Personen-Minen, die heute nicht mehr produziert und in Deutschland nicht mehr gelagert werden, haben weltweit viele Opfer gefordert. Unzählige Minen müssen noch geräumt werden, um in Nachkriegsregionen wieder ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Es genügt noch lange nicht, diesem unmessbaren Leid damit zu begegnen, dass 24 Pfennige pro Bundesbürger in diesem Jahr für humanitäre Entminung verwendet werden. Was ist dieser Betrag angesichts der Tatsache, dass deutsche Firmen bei der Forschung im Bereich der Minentechnologie führend bleiben – und dass für die Beschaffung und Umrüstung moderner Anti-Panzer-Minen für den Bundeshaushalt der kommenden 6 Jahre über 400 Millionen DM veranschlagt sind? Das bedeutet immer noch fast 1 DM jährlich pro Bundesbürger.“

[www.landmine.de](http://www.landmine.de)

## Plakate für die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare

BERLIN. Das Aktionsbündnis „Berlin sagt Ja“, ein Zusammenschluss homosexueller Initiativen, hängt derzeit stadtwweit Plakate auf, die für die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare werben. Da der geplante Gesetz-



entwurf die Zustimmung des Bundesrats benötigt, mangels rot-grüner Mehrheit auch aus unionsregierten Ländern, wird die Berliner Haltung ganz entscheidend sein. Bis die Grünen einen Antrag im Berliner Abgeordnetenhaus zur Unterstützung des Gesetzes einreichen, soll durch die Plakatkampagne die SPD für einen vollen Einsatz und die CDU nochmals zum Abweichen von der bundespolitischen Linie ermuntert werden. Berlin hat mit 350.000 Mitgliedern die größte homosexuelle Gemeinde in Deutschland.

[www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

## Aktionskonferenz Euromarsch am 7. Oktober in Hannover

HANNOVER. Mit Herannahen des EU-Gipfels Anfang Dezember in Nizza verdichten sich die negativen Anzeichen über die dort zu erwartenden Beschlüsse. Das betrifft in erster Linie die beabsichtigte Proklamation eines Grundrechtekatalogs der EU, der diesen Namen nicht verdient und sogar Gefahr läuft, die bisher erstrittenen sozialen Grundrechte auszuhebeln. Der EGB hat beschlossen, diesen Katalog abzulehnen und hat dagegen eine Demonstration am 6. Dezember in Nizza angekündigt. Mit der eintägigen Aktionskonferenz am 7. Oktober in Hannover (von 12-18 Uhr im Lister Turm) wollen sich die Euromarsch-Gruppen mit allen, die gegen Erwerbslosigkeit und ungeschützte Beschäftigung und für das Recht auf Arbeit und ein würdiges Einkommen streiten, beraten, wie gegen die sich abzeichnenden neuerlichen Verschlechterungen vorgegangen werden kann. Diskutiert werden soll u.a. über den EU-Grundrechtekatalog, über die sozialen Folgen der Osterweiterung, über französische Vorhaben in Nizza und die Möglichkeiten in Deutschland, für die Protestaktionen in Nizza zu mobilisieren.

[www.euromarches.org/deutsch](http://www.euromarches.org/deutsch)

## Horst Mahler dringend ausladen !

KASSEL. Der Bundesvostand der JungdemokratInnen-Junge Linke und der Bundesvorstand des Bündnisses linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen bitten den AStA der GH Kassel dringend, den für eine Podiumsdiskussion geplanten Horst Mahler nicht teilnehmen zu lassen. Der ehemalige Aktivist der 68er Studentenbewegung vertritt heute offen rechtsradikale Positionen und trat zur Verstärkung dieser Positionen unlängst in die NPD ein. In dem Brief an den AStA heißt es: „Wie uns offensichtlich erscheint, ist eine konstruktive Diskussion über die geeignete Form der Zurückdrängung von Rassismus und Nationalismus mit den geistigen Brandstiftern ebenso wie mit denjenigen, welche rassistische Taten begehen, weder sinnvoll noch möglich. Angezeigt ist demgegenüber ein Austausch all jener, die sich dem Humanismus und dem Antirassismus verpflichtet fühlen, über eine

gemeinsame Strategie der Ächtung dieses Gedankenguts.“

[www.info.partisan.net](http://www.info.partisan.net)

## Auseinandersetzung um ein sowjetisches Ehrendenkmal

BERLIN-SPANDAU. Die PDS Spandau hat mit ihrem Antrag, ein Ehrenmal zur Erinnerung an die Befreiung Staakens durch die Rote Armee im April 1945 zu sanieren, nun doch Erfolg gehabt. Der Ausschuss für Bildung und Kultur beschloss eine Dringlichkeitsempfehlung für die Sanierung des Ehrenmals. Die PDS hatte diese bereits Anfang des Jahres im Hinblick auf den 8. Mai verlangt. Damals polemisierten CDU-Vertreter heftig dagegen und wehrten sich insbesondere gegen die Einstufung des 8. Mai als „Tag der Befreiung“. Im April lehnte dann die CDU den PDS-Antrag in der BVV förmlich ab. Inzwischen aber hat sich auch bis zur Spandauer CDU herumgesprochen, dass sich die Bundesrepublik in dem 1990 abgeschlossenen 2+4-Vertrag verpflichtet hatte, sowjetische Ehrenmäler instand zu halten und ggfs. auch zu sanieren, und dass dies auch für die Spandauer BVV gilt. Deshalb erfolgte nun der neue Beschluss. Dafür haben andere, noch nicht näher bekannte Täter offenbar die Polemik der Spandauer CDU gegen den „Tag der Befreiung“ begierig aufgegriffen. Sie entfernten in einer feigen und kriminellen Nacht-und-Nebel-Aktion die Aufschrift „Befreiung“ auf dem Mahnmahl. Die Sprecherin der PDS Spandau, Eda Tromp hat daraufhin bei der Polizei Strafanzeige gegen die unbekannten Täter eingereicht. Jetzt wird das Mahnmahl wieder hergerichtet – inklusive dem vollständigen Schriftzug „Zum Andenken an die Befreiung im April 1945 durch die Rote Armee“.

So ganz mochten sich aber SPD und CDU dem PDS-Antrag dennoch nicht fügen. Sie entschieden, eine Tafel neben das

Mahnmal zu stellen, in der darauf hingewiesen wird, dass das Ehrenmal im Jahre 1901 ursprünglich einmal „zur Erinnerung an die Erhebung Preußens zum Königtum“ errichtet worden war und erst nach 1945 zu dem bis heute bestehenden Ehrenmal umgebaut wurde. *rül*

## Das Bündnis gegen rechts bleibt in Bremen in der Schublade

BREMEN. Bremen braucht kein Bündnis gegen rechts. Darauf haben sich die Bürgerschaftsfraktionen verständigt. In einem gemeinsamen Antrag ließen es CDU, SPD und Grüne bei einer moralischen Verurteilung rassistischer Übergriffe bewenden. Anders als in NRW oder Hamburg wollen die Fraktionen kein Bündnis mit allen gesellschaftlichen Gruppen initiieren, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Im Wortlaut des gemeinsamen Antrags setzte sich die CDU durch: Er wendet sich ausdrücklich „gegen jegliche Form des politischen Extremismus“. Fraktionschef Jens Eckhoff wies auf die von links ausgehenden Gefahren hin. Das Aktionsbündnis habe man zunächst zurückgestellt: „Ich hoffe, dass wir es nicht brauchen und Bremen weiterhin von schweren Übergriffen verschont bleibt.“ *www.infolinks.d*

## Zum Verbot von Blood & Honour

JENA. Am 14.9. ist vom Bundesinnenministerium die Neonazi-Organisation Blood & Honour/Sektion Deutschland verboten worden. Trotz Verbot in Deutschland: Internationale Strukturen von Blood and Honour organisierten für den 16.9. in der ungarischen Stadt Szekszard ein sog. Ian Stuart Memorial Concert, u.a. mit deutschen Neonazibands wie „The Might of Rage“. Das Verbot von Blood & Honour wird wirkungslos bleiben, solange nicht aktiv gegen den kulturellen und organisatorischen Hintergrund der neonazistischen Bewegung vorgegangen wird. Staatliche Repression gegen B&H haben in der Vergangenheit nur kurzfristig deren Aktivitäten gelähmt. Eine Razzia im Frühjahr dieses Jahres gegen den Herausgeber des deutschen B&H-Magazins und die Beschlagnahme von über 1000 CDs mit neonazistischen Bands hat die Auslieferung desselben Magazins nur um wenige Tage verzögert, Ermittlungen gegen den „Nibelungen-Versand“, der illegale B&H-CDs nach Deutschland importiert hat, sind noch im Gange, während der CD-Vertrieb inzwischen unter anderem von dem Göttinger B&H-Aktivist Thorsten Heise weitergeführt wird. Blood & Honour ist fest verwoben in das Netzwerk der deutschen Neonazi-Szene. Nach Einschätzung des Antifaschistischen Infoblatts wird innerhalb dieser Strukturen eine Nachfolgeorganisation entstehen. Die Herausgeber des Buches „White Noise“ fordern stattdessen eine umfangreiche gesellschaftliche Auseinandersetzung mit einer rechten Jugendkultur. [www.japs-jena.de](http://www.japs-jena.de)





# Ein Baustein im Kampf um öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Demokratie

Zur Zeit steht der öffentliche Personen-nahverkehr im Zentrum der Auseinandersetzung um die Zukunft kommunaler Daseinsvorsorge – nicht nur in NRW. Die Ursachen hierfür sind:

- die Liberalisierung des Strommarktes, die zu sinkenden Gewinnen der kommunalen Energieversorger und somit zu geringerer Quersubventionierung im Verbund der Stadtwerke führt

- die zusätzliche Belastung kommunaler Verkehrsunternehmen durch die Öko-Steuer und die Finanznot der Kommunen

- eine uneinheitliche Tariflandschaft, in der die gegenüber dem öffentlichen Dienst ca. 30 % niedrigeren Tarife gleichsam als von den Beschäftigten zu zahlende Sonderprämie für Privatisierer wirkt

- vor allem aber die von der Europäischen Kommission vorgelegte Verordnung zur Marktöffnung im ÖPNV mit der faktischen Ausschreibungspflicht.

Schon jetzt beschreibt ötv-Gewerkschaftssekretär Klaus Schwica die Situation so: „Die privaten Omnibusunternehmen können nur überleben, wenn die Fahrer Überstunden kloppen. Am Beispiel der Firma Rheinbus konkret: Teilweise sitzen die Fahrer 220 und mehr Stunden im Monat am Steuer, weil sie nur so 2.800 DM netto im Monat nach Hause bringen. Mechaniker springen in Spitzenzeiten ein, Reserven für kranke Fahrer gibt es nicht – zu teuer. Während im ÖPNV-Unternehmen Rheinbahn die Fahrer 3.800-4.000 DM verdienen, gehen sie bei Privaten im Schnitt mit 3.000 DM nach Hause.“

Privatisierung im öffentlichen Nahverkehr kann vor Ort in den Kommunen zu Lasten der Beschäftigten vielfältige Formen annehmen – auch ohne spektakuläre Anteilsverkäufe an Private. Düsseldorf hat mit ‚Rheinbus‘ eine Betriebsgesellschaft für den Busverkehr als formal private Tochter der Stadtwerke gegründet, um den Tarif für den öffentlichen Nahverkehr zu unterlaufen. In Bonn und Köln laufen Überlegungen, eine solche Tochter gemeinsam mit privaten Anteilseignern zu gründen.

Doch nicht nur, wo Privatisierung draufsteht, ist auch Privati-

sierung drin: Unspektakulärer, aber ebenso wirkungsvoll ist die Vergabe von Aufträgen und Linien durch die Stadtwerke an Privatunternehmen, die sogenannten ‚Anmietverkehre‘: Auf eine Anfrage der PDS-Gruppe im Kölner Rat erklärte der Geschäftsführer der KVB AG, dass zur Zeit 30 % (!) des gesamten Busverkehrs von 6 privaten Unternehmen bestritten wird, von denen 4 den Tarifvertrag für das private Busgewerbe und 2 Haustarifverträge anwenden. Die BürgerInnen und Bürger merken davon äußerlich nur wenig, da die Fahrzeuge der Privaten sich kaum von denen der KVB unterscheiden. Bezeichnend, dass er Angaben zur Unfall-, Verspätungs-, und Beschwerdefrequenz bei den Privaten im Rat verweigerte.

Unabhängig von der konkreten Rechtsform sieht die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs unter den Bedingungen so aus, wenn es nicht gelingt, der Liberalisierung im Rahmen der EU-Verordnung Grenzen zu setzen: Übermüdete, unfreundliche Busfahrer, die mit einem Hungerlohn nach Hause gehen und mit uralten, stinkenden Fahrzeugen von Haltestelle zu Haltestelle hetzen. Eine Gefahr auch für die Umwelt, die Gesundheit der Fahrgäste und die Attraktivität des ÖPNV insgesamt. Und gehetzt wird nur dort, wo es sich lohnt, weil die Busse voll werden, Fahrgäste abseits der lukrativen Hauptlinien können sehen, wie sie dahin kommen, wo sie wollen.

Selbstverständlich engagieren sich die örtlichen PDS-Gruppen und kommunalen Mandatsträger in den unterschiedlichen Auseinandersetzungen vor Ort um

die Stadtwerke und kommunalen Nahverkehrsunternehmen.

So macht die PDS-Fraktion im Duisburger Rat massiv Front gegen den von der rot-grünen Mehrheit im Stadtrat geplanten Verkauf eines 40 %-Anteils der Stadtwerke an den RWE-Konzern. In Essen wandte sich die PDS-Gruppe gegen die Ausgründung einer Busbetriebsgesellschaft zur Tarifflicht, In Bielefeld unterstützte die PDS ein Volksbegehren für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge, für das unter Beteiligung von Gewerkschaften, SPD und Grünen über 30.000 Unterschriften gesammelt wurden. Und in Remscheid unterstützt die PDS außerparlamentarisch die Beschäftigten des Klinikums Lennep und die ötv gegen die Privatisierungspläne der rot-grünen Ratsmehrheit, um nur einige von vielen positiven Beispielen zu nennen.

Um der Konkurrenz um immer niedrigere Einkommen und schlechtere Arbeitsbedingungen (nicht nur) im ÖPNV Einhalt zu gebieten, sind jedoch politische Schritte auch auf Bundes- und europäischer Ebene erforderlich. Ein erster Schritt in diesem Rahmen ist der Antrag der PDS im Bundestag für ein Vergabegesetz, der parallel zur Verkehrsministerkonferenz der Länder am 26./27. 9. in Frankfurt/Main im Bundestag behandelt wird. Mit diesem Antrag, den das Büro Ulla Lötzer in Abstimmung mit Kolleginnen aus der ötv erarbeitet hat, die für den 27.9. zu einem bundesweiten Aktionstag aufruft, verfolgen wir im Wesentlichen folgende Ziele:

- Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht im Rahmen der Tarifautonomie als eines Grundbestandteils sozialer Demokratie
- Sicherung der Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gegen einen entfesselten Wettbewerb bei der öffentlichen Auftragsvergabe
- Garantie qualitativer und ökologischer Standards sowie der Fahrgastsicherheit im ÖPNV

- Unterstützung von arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wie der Bekämpfung der Jugendarbeitslo-



**An der bundesweiten ÖTV-Aktion für ein Vergabegesetz am 27.9. in Frankfurt wollen sich auch Beschäftigte aus Hamburger Nahverkehrsbetrieben beteiligen. Die ÖTV Hamburg fordert vom Senat, die Bundesratsinitiative von NRW für ein Vergabegesetz zu unterstützen. Wettbewerbe dürfe nicht „über Preis- und Lohndumping auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten seriös kalkulierender und tarifreuer Unternehmen ausgetragen werden“. Bild: 1-Mai-Demonstration 2000 in Hamburg (Bild: res)**

sigkeit und der Frauenförderung, wie sie die Bundesregierung noch in ihrer Koalitionsvereinbarung angekündigt hat, im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe

Kernelement eines solchen Vergabegesetzes ist die Verpflichtung für Bieter um öffentliche Aufträge zur Abgabe einer Tariftreuerklärung, in der sie verbindlich auch für ihre Subunternehmer erklären, den am Ort der Leistungserbringung gültigen Flächentarifvertrag der Branche einzuhalten.

Mit dieser Forderung befinden wir uns in voller Übereinstimmung mit dem Präsidenten des deutschen Städtetages, Hajo Hoffmann, dem Präsidenten des Verbandes Kommunaler Verkehrsunternehmen, Dr. Dieter Ludwig, und dem Vorsitzenden der ötv, Herbert Mai, die am 24.8. dazu gemeinsam in Saarbrücken erklärten: „Einvernehmen bestand zwischen den Verbänden auch, dass der Wettbewerb nicht einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden darf. Die unterschiedlichen Tarifniveaus bei den Verkehrsunternehmen sind ein Problem für den fairen Wettbewerb.“

Hier gilt es, Druck zu machen, nicht nur mit dem Antrag im Bundestag. Aktionen der ötv und den Aktionstag am 27.9. wollen wir außerparlamentarisch unterstützen, ein Flugblatt der PDS-Fraktion im Bundestag dazu wurde auf dem Landesparteitag verteilt und kann im Wahlkreisbüro von Ulla Lötzer bestellt werden. Auf dem Verkehrsseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung Ende August wurden Bausteine für kommunale Initiativen erarbeitet.

In der Auseinandersetzung um den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge gegenüber der in den Kommunen und auch von rot-grün faktisch betriebenen Liberalisierung und Privatisierung, die sich ausschließlich an Marktgesetzen und Wettbewerbsfähigkeit orientiert, ist das Vergabegesetz ein unverzichtbares Element: Eine Politik, die sich der sozialen Gestaltung des Wettbewerbs verweigert, ist nicht ‚modern‘, sondern sozial ungerecht und nicht zukunftsfähig. Diese Auseinandersetzung müssen wir weiterführen: Die öffentliche Daseinsvorsorge sei ein wesentliches Korrektiv der Marktgesetze, um soziale und ökologische Nachhaltigkeit im Interesse der Allgemeinheit, erklärte Bundeskanzler Schröder im Juni vor dem Verband der Verkehrsunternehmen. Mit dem versprochenen Einsatz dafür innerhalb der EU kann es so weit nicht her gewesen sein, wenn man sich den vorliegenden Verordnungsentwurf ansieht. Das betrifft insbesondere den darin vorgesehenen Ausschreibungszwang. Demgegenüber treten wir – gemeinsam mit ötv, Städtetag und kommunalen Verkehrsunternehmen – dafür ein, dass die Städte auch künftig in Eigenverantwortung darüber entscheiden können, ob sie Verkehrsleistungen selbst erbringen oder öffentlich ausschreiben.  
Büro Ulla Lötzer, MdB (aus: LB Köln)

**Zwangsarbeit KIEL.** Im Januar hatte die Ratsversammlung die Einrichtung einer Forschungsstelle beschlossen. Schon Anfang September nahm sie ihre Arbeit auf. Der promovierte Historiker Jan Klußmann wurde im Rahmen einer ABM-Maßnahme dafür eingestellt. Die Forschungsstelle soll nicht nur Fakten sammeln und für eine Publikation und eine Ausstellung zusammentragen, sondern auch Auskünfte bei Entschädigungsanträgen erteilen. Dazu wird man mit dem Stadtarchiv, dem Landesarchiv in Schleswig, dem Institut für Zeit- und Regionalgeschichte (Schleswig) sowie dem internationalen Suchdienst in Bad Arolsen und dem Bundesarchiv zusammenarbeiten. Nach ersten Recherchen in über 100 Lagerbüchern, die im Archiv der Meldebehörde noch vorhanden sind, gab es in Kiel etwa 112 Lager mit weit über 36.000 ZwangsarbeiterInnen. So gründlich die Deutschen sonst sind, die Aktenlage über Zwangsarbeit ist lückenhaft (vielleicht gerade weil sie so gründlich sind). Stadtpräsidentin Cathy Kietzer (SPD) appellierte daher an die Bevölkerung, Zeitzeugen und Kieler Unternehmen, der Forschungsstelle Informationen zukommen zu lassen.

**Weiterentwicklung der EU BREMEN.** Vertreter der Ministerpräsidentenkonferenz und der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände haben sich am 5. September auf Positionen zu institutionellen Reformen und zur Weiterentwicklung der EU verständigt. Sie erwarten von der Regierungskonferenz in Nizza die Einleitung eines umfassenden Reformprozesses der Organe der EU mit Überprüfung und präziser Klärung ihrer Handlungsfelder. Spätestens bis zur Tagung in Biarritz müßte der Europäische Rat Vorschläge zur Absicherung der Aufgaben der Daseinsvorsorge vorgelegen. „Im Ergebnis muss deutlicher als bisher klargestellt werden, dass öffentliche Leistungen zur Daseinsvorsorge nicht im Widerspruch zum Gemeinsamen Markt stehen.“

**Leere Wohnungen im Osten BERLIN.** Ende 1999 standen bei Wohnungsgenossenschaften und kommunalen Wohnungsgesellschaften in Ostdeutschland rund 350.000 Wohnungen leer. Allein der Mietausfall beträgt 1,3 Milliarden DM. Die Zahlen nannte der Präsident des Bundesverbands Deutscher Wohnungsunternehmen DGDW, Jürgen Steinert, der Presse. Ein Ende dieser Entwicklung sein nicht absehbar. „Viele Wohnungsunternehmen“, so Steinert, „sind zwischenzeitlich an einen Punkt angekommen, wo sie Belastungen nicht mehr verkraften können. Zu den Mietausfällen kommen die Kosten für Instandhaltung und Verwaltung und der Kapitaldienst für Altschulden sowie Modernisierungskredite.“ Der GdW-Präsident

fordert ein „Standortsicherungsprogramm Ost“ mit Kernpunkten Streichung der Altschulden, Hilfe bei der Abrissfinanzierung sowie Landes- und Bundesbürgschaften für die Wohnungsunternehmen zur Lösung ihrer Aufgaben.

**Ex-Neonazi will OB werden BRAUNSCHWEIG.** Der Braunschweiger Kreisausschuss der CDU hat bereits zugestimmt, dass der frühere NPD-Aktivist Gert Hoffmann zu den Oberbürgermeisterwahlen im September 2001 kandidieren kann. Am 18. Oktober muss der CDU-Kreisparteitag darüber entscheiden. Von 1967-1969 saß Hoffmann der NPD-Studentenorganisation (NHB) in Göttingen vor, war zeitweise sogar ihr stellv. Bundessprecher. Vom damaligen NPD-Bundesvorsitzenden Adolf von Thadden sei er „beeindruckt“ gewesen, so Hoffmann gegenüber der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*, „der war fast so wie Haider heute in Österreich“.

**Kommunalpolitik in Radio und Fernsehen INGOLSTADT** Das Forum „Ingolstädter Begegnungen“ ist bundesweit die einzige Stundensendung auf Hörfunk und Fernsehen, die von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern ausschließlich zu kommunalpolitischen Themen gestaltet wird. 1979 lief die Sendung Sonntag Mittag um 12 Uhr erstmals live im Bayerischen Hörfunk, organisiert vom Ingolstädter OB und dessen Pressesprecher, daher der Titel. Seit 1999 ist auch das Fernsehen hinzugekommen. 10x im Jahr ist die Sendung an jedem 1. Dienstag im Monat im Bayer. Fernsehen „BR alpha“ um 20.15 zu sehen, wird um 23 Uhr sowie am folgenden Tag um 7.15 und um 14 Uhr wiederholt.

**Literaturtip** Die Sparkassenorganisation und damit die Einflussnahme der Kommunen auf Finanzinfrastruktur und Kredite sind gefährdet. Zu diesem Thema sind im 1. Halbjahresband 2000 „Archiv für Kommunalwissenschaften“ des Deutschen Instituts für Urbanistik zwei Aufsätze erschienen: „Die institutionellen Grundlagen der Sparkassenorganisation“ und „Der öffentliche Kommunalkredit im 19. und frühen 20. Jahrhundert in Deutschland“. Der Band steht in den meisten Bibliotheken, oft auch in Stadtverwaltungen/Fraktionen

**broschueren.de** Der Deutsche Städte- und Gemeindebund kooperiert mit *broschueren.de*, dem Informationsservice der Bundesdruckerei. Die Kooperation hat den Aufbau einer übergreifenden Internetplattform für Informationen von Bund, Ländern und Gemeinden zum Ziel. Hierdurch soll den BürgerInnen ein einfacher Zugang zu Informationsmaterial der öffentlichen Verwaltung ermöglicht werden. *Zusammenstellung: baf*



## Für eine lebenswerte Region

**Schwere Vorwürfe gegen Landesregierung und FAG. Vorsätzliche Täuschung der Bevölkerung – 108.318 Unterschriften überreicht.**

Dies war der Tenor der ersten großen Kundgebung am 16. September in Wiesbaden, die vom Bündnis der 50 Bürgerinitiativen gegen den Flughafenausbau organisiert wurde. Die Grundforderung der rund 13.000 Demonstranten, die auch von allen Rednern der verschiedenen Verbände und Organisationen erhoben wurde, ist: Kein Ausbau, Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr.

Als Referenten hatten sich angemeldet: Ingrid Borretty, B90/Grüne, Mitglied der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Flughafen, Rudi Müller, GM Betriebsrat Rüsselsheim, Niko Hartmann, Jugendbündnis gegen den Flughafenausbau, Walter Raiss, BUND, Dr. Michael Wilk, Bündnis der BIs.

In den Redebeiträgen wurde das auf vielen Transparenten vorgetragene Meinungsbild bekräftigt: Die Bevölkerung des Rhein-Main Gebietes soll mit großangelegten Täuschungsmanövern à la Mediation, Dialogforum und „positiven“ Umfrageergebnissen ruhiggestellt werden, um eine möglichst störungsfreie Umsetzung des Ausbaus zu gewährleisten. Jüngstes Beispiel für diese Taktik ist der Versuch der FAG, den Verfahrensbeteiligten klammheimlich 117 ha weiteren Waldbedarfs „unterzujubeln“. Wie BBI-Sprecher Wolfgang Ehle anmerkte, „eine empörende Dreistigkeit, die von der zynischen

Grundhaltung der Verantwortlichen am Flughafen und in der Landesregierung zeugt.“

Es geht den Menschen, so die Vertreter der BIs, ausdrücklich um die Erhaltung der Lebensqualität in der Region, die immer mehr auch zu einem entscheidenden Standortfaktor werde (auch für die Beschäftigten am Flughafen!). Ängste und Sorgen hinsichtlich der Umweltschäden, der Vernichtung wertvollen Bannwaldes und der immer größer werdenden Absturzgefahr wurden auf vielen Transparenten artikuliert. Das Totschlagargument Arbeitsplätze wurde vielfach als Propagandalüge gezeißelt und die Politik als nicht mehr vertrauenswürdig bezeichnet.

Bei der Übergabe der über 108.000 Unterschriften (Bild unten) an die Stellvertretende Landtagspräsidentin Veronika Winterstein wurden die Landtagsabgeordneten aufgefordert, jede dieser Unterschriften als einen erneuten Denkanstoß zu verstehen, der ihnen ihre eigentliche Aufgabe als Volksvertreter und nicht als FAG-Vertreter ins Gedächtnis zurückrufen solle.

Fazit der Veranstalter: Eine bemerkenswerte Demonstration, ein klares Signal an die Politik und die FAG und eine deutliche Warnung, die Bevölkerung nicht weiter für dumm verkaufen zu wollen. „Über den Flughafenausbau gibt es mit der Region keinen Konsens, deshalb darf er nicht stattfinden!“ (...)

PM der BIs, [www.flughafen-bi.de](http://www.flughafen-bi.de)



Bilder: Volker Pagel

### Bayerisches Innenministerium verharmlost die Lage

## Dramatischer Rückgang an Sozialwohnungen

München. „Der Rückgang an Sozialwohnungen ist wesentlich dramatischer, als es aus Darstellungen der Bayerischen Staatsregierung hervorgeht.“ Mit diesen Worten kritisierte der VdW Bayern (Verband bayerischer Wohnungsunternehmen) eine aktuelle Pressemitteilung des Innenministeriums. Er forderte zugleich eine Rückkehr von der Darlehens- zur Zuschussförderung, um drängende Modernisierungsmaßnahmen sozialverträglich finanzieren zu können.

Nach Berechnungen des Verbandes werde in den nächsten fünf Jahren mit über 70.000 Wohnungen bei mehr als einem Drittel des gesamten Bestandes die Sozialbindung auslaufen. „Damit geht sozialpolitischer Handlungsspielraum für mehr als 100.000 Menschen bzw. 60.000 bayerische Familien verloren“, mahnte VdW-Verbandsdirektor Heinz-Werner Götz.

### 100 000 Sozialwohnungen weniger seit 1992

Die Talfahrt im sozialen Wohnungsbau hält schon über 10 Jahre an: Der Neubau

hat 1999 seinen tiefsten Stand seit 11 Jahren erreicht. Allein bei den VdW-Mitgliedern stand ein Negativsaldo von 15.000 Wohnungen zu Buche. Seit 1992 fielen mehr als 100.000 Wohnungen aus der Sozialbindung. Spätestens in 15 Jahren werde es in Bayern kaum noch Sozialwohnungen geben, prophezeit der Verband.

Einig mit der bayerischen Staatsregierung sei man sich in der Kritik an dem kontinuierlichen Rückzug des Bundes aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus. (Aber) auch in Bayern sei „nicht alles Gold, was glänzt“. So habe der Freistaat seine Förderprogramme sukzessive von Zuschüssen auf Darlehen umgestellt. Früher hätte Bayern jährlich neue Haushaltsmittel in bedeutendem Umfang bereitgestellt. Heute würden nur noch Rückflüsse aus der Förderung eingesetzt. Zudem ginge der weitaus größte Teil in die Förderung von Wohneigentum und damit gerade an den sozial Schwächeren vorbei.

Um Wohnungsbestände aus den 50er- und 60er-Jahren auf zeitgemäßes Niveau

zu bringen, ohne Mieten drastisch anheben zu müssen, sei eine verbesserte staatliche Förderung von Modernisierungen erforderlich. „Wir rechnen in den nächsten zehn Jahren allein bei unseren bayerischen Wohnungsunternehmen mit einem Modernisierungsbedarf von bis zu 40 Mrd. Mark“, erklärte Götz. Mit Darlehen allein sei dies nicht zu bewältigen.

Im Rahmen der anstehenden Reform des sozialen Wohnungsbaus hätten oberste Priorität eine verbesserte Modernisierungs-Förderung, die stärkere Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten, etwa bei den Einkommensgrenzen, die Einführung der mittelbaren Belegung auch im Bestand sowie die Abschaffung des Kostenmietrechts zugunsten freier Vereinbarungen zwischen Fördergeber und Geförderten.

Im VdW Bayern sind knapp 500 bayerische Wohnungsunternehmen mit Schwerpunkt im sozialen Wohnungsbau zusammengeschlossen – darunter rund 330 Wohnungsgenossenschaften. Die Mitgliedsunternehmen bewirtschaften rund 580.000 Wohnungen, in denen ein Fünftel aller bayerischen Mieter wohnen.

Quelle: Verband bayerischer Wohnungsunternehmen e.V., aus: MLB (gekürzt)



# Zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes

## Erklärung des Parteivorstandes der PDS und der AG Betrieb & Gewerkschaft

Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 zählt mit Sicherheit zu den größeren Vorhaben der jetzigen Bundesregierung, weil mit dieser Novelle weitreichende ordnungspolitische Entscheidungen fallen. Und obwohl ihr weniger spektakuläre Schlagzeilen voraussehen, als etwa der Steuer- oder Rentenreform, prallen an der Reform der Betriebsverfassung unversöhnliche Positionen gegeneinander.

Die Gewerkschaften fordern eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte, die Arbeitgeber drohen bereits mit dem Gang zum Bundesverfassungsgericht und die Regierung Schröder will wie bei den Konsensgesprächen zum Atomausstieg keine Novelle einbringen, die nicht die Zustimmung der Unternehmerseite findet.

Vor diesem Hintergrund halten wir eine öffentliche Auseinandersetzung und die Mobilisierung der gewerkschaftlichen Basis für unverzichtbar, um zu verhindern, dass ein weiterer Stützpfiler des deutschen Sozialstaatsmodells der Standortkonkurrenz geopfert wird. Voraussichtlich wird die PDS bei der Novellierung des Gesetzes als einzige Bundestagsfraktion die von DGB und DAG vorgelegten Gesetzesentwürfe in die Debatte einbringen. Gleichzeitig werden wir jedoch alles unternehmen, um im außerparlamentarischen Raum für eine demokratische Weiterentwicklung der Betriebsverfassung zu werben. Dabei lassen wir uns von folgenden Eckpunkten leiten:

1. Wichtigstes Ziel muss es sein, die Zahl der gewählten Betriebsräte deutlich zu erhöhen. Dass heute nur noch 39,5 Prozent der Beschäftigten den Schutz eines Betriebsrates genießen, während es vor 20 Jahren noch mehr als die Hälfte waren, signalisiert einen drastischen Verlust an Demokratie. In diesem Zusammenhang kritisieren wir die Empfehlungen der „Kommission Mitbestimmung“, die die Zahl der Betriebsräte hauptsächlich ausweiten möchte, um betriebliche Unterschreitungen des Tarifvertrages zu ermöglichen. Damit sich die Zahl betrieblicher Interessenvertretungen wie auch die Zahl der durch Betriebsräte vertretenen Beschäftigten deutlich erhöht, halten wir folgende Reformen für unverzichtbar:

- Betriebsräte müssen bereits in Betrieben mit in der Regel mindestens drei Beschäftigten wählbar sein und nicht wie bisher ab fünf.

- Das Wahlverfahren ist insbesondere in Klein- und Mittelbetrieben mit bis zu 100 Beschäftigten zu entbürokratisieren und deutlich zu vereinfachen...

- Die Behinderung von Betriebsratswahlen muss rechtlich schärfer sanktioniert werden und Kündigungen in Be-

trieben mit in der Regel mehr als drei Beschäftigten müssen unwirksam sein, wenn kein Betriebsrat gewählt wurde ...

- Konzern- und Gesamtbetriebsräte müssen das Recht erhalten, in betriebsratslosen Betriebsteilen Wahlvorstände einzusetzen und Wahlen durchführen zu lassen.

- Der Arbeitnehmerbegriff muss im neuen Gesetz so formuliert werden, dass dazu alle weisungsgebundenen und/oder wirtschaftlich abhängigen Beschäftigten, also auch TelearbeiterInnen, Scheinselbstständige sowie LeiharbeiterInnen mit einer Beschäftigungsdauer von mehr als drei Monaten als Arbeitnehmer gelten ... Wir unterstützen die inhaltliche Tendenz der Vorschläge von DGB und DAG und setzen uns für eine Aufhebung der Trennung in Arbeiter- und Angestelltingruppen ein.

- Der Begriff des Betriebes muss künftig so gefasst werden, dass er der neuen Arbeitswirklichkeit angepasst wird. Ein Betrieb wird durch die organisatorische und technische Zusammenarbeit der Beschäftigten sowie ihre sozialen Gemeinsamkeiten gebildet, selbst wenn sie verschiedenen Unternehmen angehören.

- Werden Unternehmen gespalten oder geteilt, ohne dass sich die Organisation des Betriebs oder der Betriebe grundlegend ändert, müssen auch die Betriebsräte bestehen bleiben ...

- Der in § 18 BetrVG geregelte Tendenzschutz ist auf den Bereich der religiösen Verkündung und der unmittelbaren politischen Tätigkeit zu beschränken ...

2. Wir sehen die große Gefahr, dass die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes von Seiten der Arbeitgeber und der Bundesregierung genutzt wird, um die Bindungswirkung des Flächentarifvertrages weiter zu schwächen und die Verbetrieblichung der Tarifpolitik voranzutreiben. Wir misstrauen deshalb auch den Beteuerungen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien, den § 77 Abs. des BetrVG nicht anzutasten. Sie möchten es zwar dabei lassen, dass durch Betriebsvereinbarungen keine Entgelte oder andere Bedingungen geregelt werden, die üblicherweise Gegenstand von Tarifverträgen sind, bleiben aber bei ihrem Ziel der Deregulierung des Tarifvertragssystems. Es ist zu befürchten, dass den Betriebsräten mehr Möglichkeiten zum Unterbieten der Standards von Konkurrenzunternehmen gegeben werden sollen. Als geradezu unverschämt erweist sich dabei die Absicht der Grünen, das geltende Günstigkeitsprinzip in sein Gegenteil zu verkehren und auch den Verzicht auf tarifliche Leistungen als günstig einzustufen...

3. Der technische Wandel, die wachsende Bedeutung des betrieblichen Umweltschutzes, die Veränderung der Unter-

nehmenskulturen und die höheren Anforderungen an die Beschäftigten verlangen nach neuen Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte.

Auch die bestehenden Informations- oder Beteiligungsrechte entsprechen in weiten Teilen nicht mehr der betrieblichen Realität. Vielfach ist es notwendig sie in wirkliche Mitbestimmungsrechte zu verwandeln und den Betriebsräten ein gesetzliches Initiativrecht einzuräumen.

- Die Stellung des Betriebsrates gegenüber dem Arbeitgeber muss von der ideologisch überhöhten Verpflichtung zur „vertrauensvollen“ Zusammenarbeit „zum Wohl des Betriebs“ befreit werden. Wir unterstützen deshalb die Formulierung des DGB für den § 2 BetrVG, der die Betriebsvertretung ausschließlich auf das „Wohl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ und die „Verwirklichung der Grundrechte“ verpflichtet.

- Die Zahl der freigestellten Betriebsratsmitglieder muss den heutigen Anforderungen angepasst werden. Die volle Freistellung für die Betriebsratsarbeit muss in Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten beginnen. Frauen sollen mindestens ihrem Anteil an der Belegschaft entsprechend sowohl im Betriebsrat als auch bei den Freistellungen berücksichtigt werden ...

- Der Katalog wirklicher Mitbestimmungsrechte, das heißt der zustimmungspflichtigen Unternehmensentscheidungen, muss der gewandelten Arbeits- und Unternehmenswirklichkeit angepasst werden ...

- Der nach § 102 BetrVG begründete Widerspruch des Betriebsrates gegen eine Kündigung muss aufschiebende Wirkung haben. Hat der Betriebsrat einer Kündigung widersprochen, muss der Arbeitgeber eine Aufhebungsklage vor dem Arbeitsgericht anstrengen ...

- Frauenförderung oder Wiedereingliederung nach Erziehungsurlaub muss in gesonderten Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat vereinbart werden ...

Wir erklären abschließend, dass wir gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen alle Versuche mobilisieren werden, die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes zu einem Gegenstand des „Bündnisses“ zu machen. Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes muss entsprechend ihrer zentralen ordnungspolitischen Bedeutung dem Parlament und seinen Gremien vorbehalten bleiben. Die Bundestagsfraktion der PDS wird gebeten, alle parlamentarischen Mittel auszuschöpfen, um die aufgeführten Forderungen und die Vorschläge der Gewerkschaften in die parlamentarische Debatte einzubringen.

stark gekürzt, vollständig: [www.pds-online.de/partei/aktuell/0009/betrvg.htm](http://www.pds-online.de/partei/aktuell/0009/betrvg.htm)

## Alle Jahre wieder

An den Berliner Hochschulen arbeiten z. Z. etwa 5000 Tutorinnen und Tutoren sowie weitere studentische Beschäftigte. Sie unterstützen seit Jahren die wissenschaftlichen und künstlerischen Dienstkräfte in Forschung und Lehre und tragen durch ihre Unterrichts-, Beratungs- und Betreuungstätigkeit dazu bei, dass Lehre und Studium überhaupt noch funktionieren. In Berlin sind die Arbeitsverhältnisse der studentischen Beschäftigten an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen durch einen Tarifvertrag geregelt, der erstmals 1979 zwischen den Gewerkschaften ÖTV und GEW und dem Arbeitgeberverband VAdÖD auf Druck der studentischen Beschäftigten abgeschlossen wurde.

Er wurde bereits 1986 in einem gewerkschaftlich organisierten Streik gegen die rigiden Kürzungsabsichten des damaligen Wissenschaftssenators Kewenig verteidigt und weiter entwickelt. Auch Wissenschaftssenator Radunski war vor zwei Jahren am massiven Widerstand der studentischen Beschäftigten mit seinem Versuch gescheitert, den Tarifvertrag zu kündigen und u.a. die Löhne um 25 % zu kürzen. Der Vorteil des Tarifvertrages ist u.a., dass er gleiche und verlässliche Arbeitsbedingungen und -standards für die studentischen Beschäftigten an allen Berliner Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen garantiert. Damit bietet er die Rahmenbedingungen für eine hohe Qualität und Kontinuität der Arbeit studentischer Beschäftigter. In dieser Form ist er einzigartig im ganzen Bundesgebiet.

**Und nun erneut: Hochschulleitungen fordern vom Arbeitgeberverband die Kündigung des Tarifvertrages:** Die Landeskongress der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen (LKR) hat den Arbeitgeberverband VAdÖD mit Schreiben vom 11.8.2000 aufgefordert, den Tarifvertrag zum nächstmöglichen Termin zu kündigen.

Die LKR will damit folgende Veränderungen durchsetzen: • Flexibilisierung der Beschäftigungsdauer mit dem Ziel, Arbeitsverträge auch für eine Laufzeit von unter 2 Jahren abschließen zu können, und • Differenzierung der Bezahlung studentischer Beschäftigter mit dem Ziel, in bestimmten Fächern wie Informatik, höhere Löhne zu zahlen, um ausgeschriebene Tutorienstellen besetzen zu können.

Beim ersten Punkt stellt sich die Situation so dar, dass nach der geltenden gesetzlichen und analogen tariflichen Regelung Ausnahmen von der zweijährigen Beschäftigungsdauer schon jetzt möglich sind und in den Hochschulen gängige Praxis sind, sofern es dafür einen sachlichen Grund gibt.

Zum zweiten Punkt ist anzumerken, dass Arbeitgeber häufig geneigt sind, nach „Marktlage“ zu vergüten, um Per-

sonalmangel zu begegnen. Erfahrungsgemäß führt das nicht zu Verbesserungen. Es ist zudem davon auszugehen, dass die Hochschulen selbst bei höheren Löhnen in Fächern wie der Informatik nicht mit dem freien Arbeitsmarkt konkurrieren können. Hierfür sind mit Sicherheit andere Anreize zu überlegen.

Nach Auffassung der Gewerkschaften ÖTV und GEW sowie der Personalräte der studentischen Beschäftigten von Freier Universität, Humboldt Universität und Technischer Universität lassen sich die gemeinsamen Lösungen in Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern sowie auf der Hochschulebene finden, ohne dass der Tarifvertrag gekündigt werden muss.

Nach den heftigen politischen Auseinandersetzungen und den permanenten Angriffen auf den Tarifvertrag in den letzten Jahren befürchten ÖTV, GEW und Personalräte allerdings, dass die Hochschulleitungen nicht ernsthaft an Verhandlungen, sondern in Wirklichkeit an der Abschaffung dieses bundesweit einmaligen Tarifvertrages interessiert sind. Das wäre für Lehre und Studium an den Berliner Hochschulen eine Katastrophe.

**Wissenschaftssenator unterstützt Kündigung und fordert drastische Kürzung der Vergütung studentischer Beschäftigter:** In der Sitzung des Wissenschaftsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses am 20.9. haben sich Wissenschaftssenator Stölzl und sein Staatssekretär Lange ebenfalls für die Kündigung des Tarifvertrages ausgesprochen. Sie verfolgen dabei sogar noch weitergehende Ziele: Kürzung der Vergütung „in die Nähe des bundesdeutschen Durchschnitts“, was eine Absenkung um 25 bis 30 % bedeuten würde, und Verringerung bzw. Abschaffung tariflicher Leistungen wie Urlaub und Bezahlung für Sonn- und Feiertagsarbeit. Nach den Worten von Senator Stölzl würden die studentischen Beschäftigten in Berlin „dermaßen komfortabel“ und „krass abweichend vom Bundesdurchschnitt“ behandelt, was sich Berlin nicht mehr leisten könne.

**ÖTV und GEW: Wir müssen uns somit auf harte Tarifaussensetzungen einstellen!** Selbstverständlich hat jeder Vertragspartner das Recht Tarifverträge zu kündigen. Angesichts der hohen Bedeutung von Tutorinnen und Tutoren für Lehre und Studium muss aber allen bewusst sein, dass wir uns bei einer Kündigung des Tarifvertrages auf härtere Auseinandersetzungen in Tarifverhandlungen einstellen müssen und dass dadurch der Hochschulbetrieb empfindlich gestört werden könnte.

Ende September läuft die Kündigungsfrist ab. Dann wird sich zeigen, ob LKR und Wissenschaftssenator einen erneuten Streik riskieren. Schon jetzt verzeichnen die Gewerkschaften erhöhte Beitritte.

(Flugblatt der Gewerkschaften ÖTV und GEW Berlin v. 21.9.2000, mit wenigen nützlichen Ergänzungen durch har)

## 16 000 Unterschriften

**STUTTGART.** Auf Initiative der Vertrauensleute von Bosch, Porsche und Daimler Chrysler wurden insgesamt 16 000 Unterschriften gegen befristete Arbeitsverträge gesammelt.

Insgesamt haben in Deutschland 2,8 Millionen Menschen einen befristeten Arbeitsvertrag. In Westdeutschland sind es 8 % aller Beschäftigten und in Ostdeutschland 14 %. Dazu kommt noch die Möglichkeit der Firmen, ein Beschäftigungsverhältnis bis zu drei Mal zu verlängern. Daraus entsteht dann eine faktische Probezeit von 24 Monaten. Wir finden diesen Zustand für nicht akzeptabel.

Die Vertrauenskörperleitungen von Bosch Feuerbach und Porsche bemühen sich zur Zeit um einen Termin beim Arbeitsminister Walter Riester.

Wir wollen ihm die Unterschriften überreichen und unser Anliegen vorbringen. 16.000 Unterschriften sind eine gute Grundlage für ein solches Gespräch.

Aus Bosch-Betriebszeitung der IG Metall

### Arbeitszeitforderung der Arbeitgeber

## Kinobeschäftigte können sich das nicht leisten

Am 22. September gehen die Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten bei Ufa und Flebbe/CinemaxX in die vierte Runde. Ein zentraler Konfliktpunkt bei den Verhandlungen in Köln ist die zukünftige Arbeitszeitregelung.

Der Arbeitgeberverband Dienstleistungsunternehmen (ar.di), der die beiden Unternehmen in den Verhandlungen vertritt, macht keinen Hehl aus seinen Absichten. Auf der Internetseite von ar.di ([www.arbeitgeberverband.com](http://www.arbeitgeberverband.com)) ist klar und deutlich nachzulesen, was ar.di will: zum Beispiel flexible Arbeitszeiten mit Ausgleichszeiträumen von mehreren Monaten bis zu einem Jahr und länger. Mit der Folge, dass während des Ausgleichszeitraums keine Überstundenzuschläge mehr anfallen. Und für die Wochenarbeitszeit soll nur noch eine Grenze gelten: die des Arbeitszeitgesetzes mit 60 Stunden pro Woche.

Vieles von den ar.di-Vorstellungen findet sich im Manteltarifvertragsentwurf der Arbeitgeber wieder. „Mehrarbeit ist die Arbeitszeit, in der die dem Mitarbeiter vorgegebene Arbeitszeit am Ende des Ausgleichszeitraums (drei Abrechnungsmonate) um mehr als 50 Stunden überschritten ist“, heißt es wörtlich im ar.di-Entwurf. Zuschläge sollen also – wenn überhaupt – erst ab der 51.(!) Überstunde anfallen. Bisher zählt nach Tarif jede Stunde über die monatliche Arbeitszeit hinaus als zuschlagspflichtige Mehrarbeit. Das bedeutet in Mark und Pfennig: Wer bisher bei einem Stundenlohn von 12

**Kampf um Tarifvertrag bei Transmedia:** Seit Mai 2000 kämpfen die rund 150 Beschäftigten – fast alle sind als EDV-Redakteure eingestellt – mit bisher 34 Streiktagen für einen Tarifvertrag, der unter anderem Gehalt- und Arbeitszeitfragen, aber auch Urlaubsansprüche und Kündigungsfristen regeln soll. Zudem



steht auch eine Neuregelung der befristeten Arbeitsverhältnisse im Zentrum der Auseinandersetzung, denn  $\frac{1}{4}$  der Belegschaft sind nur befristet eingestellt. Die Geschäftsleitung von Transmedia, eine Tochter der Medienunion, der ebenso die Ludwigshafener Tageszeitung Rheinpfalz gehört, weigert sich hartnäckig, mit der HBV einen Tarifvertrag abzuschließen. Nun wurden erstmals streikende Beschäftigte tageweise ausgesperrt. Der HBV-Gewerkschaftstag und etliche Betriebsräte und Vertrauensleutekörper aus anderen Betrieben haben sich mit den Beschäftigten solidarisiert. Sie fordern insbesondere die Bundesanstalt für Arbeit auf, mit dafür Sorge zu tragen, dass die tarifvertragsfreie Zeit bei Transmedia endlich beendet wird. Die Bundesanstalt deckt nämlich mit einem Großauftrag das Umsatzvolumen von Transmedia mit über 90% ab. Die BfA ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts, wo mit Ursula Engelen-Käfer auch die stellvertretende Vorsitzende des DGB im Aufsichtsrat sitzt. scr, Foto: Uli Grötzsch

DM monatlich 15 Überstunden macht, erhält zur Zeit noch einen Zuschlag von rd. 45 DM im Monat. Nach dem ar.di-Entwurf geht er/sie leer aus. Übers Jahr also ein Verlust von ca. 500 DM.

Noch drastischer sind die Verluste durch den Wegfall von Nachtzuschlägen. Erst ab 24 Uhr soll der steuerfreie 50-prozentige Zuschlag fällig werden (bisher überwiegend ab 23 Uhr). Fallen wöchentlich nur für zwei Stunden die Zuschläge weg, summiert sich dies übers Jahr (wiederum bei 12 DM Stundenlohn) auf knapp 600 DM – in der Regel netto.

Einkommensverluste von 1.000 DM und mehr kann sich kein Kinobeschäftigter leisten. Doch die Arbeitgeber reden bisher nur davon, dass sich die Kinos die „überzogenen Forderungen der IG Medien“ nicht leisten könnten. Wer hier überzieht, ist wohl nicht zu übersehen.

Manfred Moos, PM IG Medien

IG Medien

## Antifaschistisches Engagement

**HAMBURG.** „Lange Jahre wurden rechte Gewalttäter und ihre Zirkel verharmlost“, stellt der Bielefelder Beschluss der Gewerkschaft IG Medien fest. Daran „haben Politik und Medien einen nicht unwesentlichen Anteil“. Geht es nach dem Votum des außerordentlichen Gewerkschaftstages der IG Medien „Gegen rechte Gewalt – Für eine humane Gesellschaft“, soll sich das ändern. Darüber hinaus fordert der Delegiertenbeschluss vom 9. September die eigenen Mitglieder zu einem entschlossenen Handeln „gegen rassistische Parolen, vor allem aber gegen rechte Gewalt“ auf.

Als Ursache für die Zunahme rechter Deutungsmuster und Gewalttaten werden die „herrschende“ Ausländer- und Flüchtlingspolitik sowie zunehmende

Ungleichheit und soziale Verwerfungen benannt. Dies solle aber nicht bedeuten, so wird eingeschränkt, dass den Tätern ihre Verantwortung abgenommen werde: „Totschlag bleibt Totschlag, kriminelle Gewalt bleibt Unrecht, das verfolgt und strafrechtlich geahndet werden muss.“ In diesem Sinne fordert der Beschluss (unter anderem) eine Aufstockung finanzieller Mittel für fortschrittliche Sozial- und Jugendarbeit sowie das Verbot der NPD.

Allerdings müssen sich „die Appelle und Erwartungen auch und vor allem an die eigene Adresse richten“, zumal die Gewerkschaften in der Vergangenheit jener „Entwicklung nicht immer mit der gebotenen Entschlossenheit entgegengetreten sind“. Entsprechend werden der DGB und seine Einzelgewerkschaften „aufgefordert, sich weiterhin gegen Fremdenfeindlichkeit zu engagieren“.

Alles in allem eine durchweg anwendungsorientierte Beschlusslage, die ermuntert „sich in örtlichen und überregionalen Bündnissen gegen Fremdenfeindlichkeit zu engagieren“ und der anzumerken ist, dass antifaschistisches Engagement innerhalb der Mediengewerkschaft nicht nur gefordert, sondern auch gefördert wird.

Ein erster Schritt, das geduldige Papier mit Leben zu füllen, wurde im Tarifbezirk Nord unternommen. Zukünftig will dort die neugegründete „Projektgruppe gegen Neonazismus und rechte Gewalt“ Veranstaltungen durchführen und die Kontaktaufnahme interessierter Mitglieder wie engagierter Außenstehender vereinfachen. Zudem will man Kolleginnen und Kollegen, die sich der Herstellung und Verbreitung volksverhetzender Propaganda verweigern, in arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen unterstützen. Angesichts der von der DVU angedrohten Propagandaschlacht zur Hamburger Bürgerschaftswahl ist das eine ausgesprochen weise und weit-sichtige Planung. kun

Arbeitgeberverband befürchtet Kuhhandel zwischen Gewerkschaften und Regierung.

Wirtschafts-presse

HB, Dienstag, 19.9.2000. – D. Hundt (BDA) warnte die Bundesregierung davor, mit der Ausdehnung der Mitbestimmung bei der Reformierung des BVG die Zustimmung der Gewerkschaften zur Rentenreform erkaufen zu wollen. „Der Verlierer eines solchen Kuhhandels ist der Wirtschaftsstandort Deutschland“, erklärte Hundt. Er warnte davor, das Mitbestimmungsgefälle in Europa noch weiter zu vergrößern und „Deutschland dadurch in der EU völlig zu isolieren“. Auch BGA-Präsident M. Fuchs äußerte, die nun bekannt gewordenen Eckpunkte gingen völlig an den Bedürfnissen der New Economy vorbei. Ausländischen Investoren werde signalisiert: „Bleibt bloß weg mit eurem Geld, das brauchen wir nicht.“

**Henkel für Abschaffung der Kultusministerkonferenz.** – HB, Mittwoch, 20.9.2000. – Der BDI-Präsident, H.-O. Henkel, hat sich für die Abschaffung der Kultusministerkonferenz ausgesprochen. Die Konferenz habe den Wettbewerb unter den Bundesländern abgeschafft.

**Verein für Socialpolitik: „Verbot des Flächentarifvertrags.“** – HB, Donnerstag, 21.9.2000. – H.-W. Sinn, Präsident des Münchner Ifo-Instituts, eröffnete die Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik damit, dass der deutsche Arbeitsmarkt trotz der konjunkturbedingten Entspannung nicht vor einer Wende zum Besseren stehe. „Die Arbeit ist schlichtweg zu teuer.“ Die realen Stundenlohnkosten seien seit 1982 hier zu Lande um 40 % gestiegen, in den USA konstant geblieben und in den Niederlanden hätten sie nur um 20 % zugelegt. Die Hauptursache der hohen Löhne seien starre Regelungen des BVG, das die Vereinbarung untertariflicher Löhne verhindere. Der Flächentarifvertrag sei eine versteckte Kartellvereinigung, die verboten gehöre.

**Wirtschaft wünscht Änderung der EU-Grundrechtcharta.** – D. Hundt (BDA) und H.-O. Henkel (BDI) fordern die Überarbeitung des Charta-Entwurfs und die Beschränkung auf elementare Grundrechte. Die herbe Kritik der Wirtschaft richtet sich vor allem gegen Kapitel 4 „Solidarität“. Dort wird etwa ein Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst oder der Anspruch auf Wohnungsbeihilfe sowie auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen sowie das Streikrecht und Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung festgelegt. Presseauswertung: rst



**Der Hamburger Landesverband der PDS musste seine Landesmitgliederversammlung am 16. September vorzeitig abbrechen. Ziel**

dieser Landesversammlung war es gewesen, ein Arbeitsprogramm zu diskutieren und die Delegierten zum Parteitag zu wählen. Dazu eine Presseerklärung des kürzlich neugewählten Landesarbeitsvorstands:

„Bereits während der Konstituierung kam es anlässlich der Frage, welche Kriterien für die Übertragung von Mitgliederrechten auf in der Partei mitarbeitende Nichtmitglieder (SympathisantInnen) anzuwenden sind, zu heftigen Auseinandersetzungen. AnhängerInnen der ‚Liste Links‘ und der ‚Kommunistischen Plattform Hamburg‘ wollten die SympathisantInnenrechte einschränken, indem sie diese an finanzielle Zuwendungen an die Partei koppeln wollten.“

Als deutlich wurde, dass die Mehrheit der Versammlung hingegen die Auffassung vertrat, das entscheidende Kriterium sei die Unterstützung der Ziele der PDS und die Mitarbeit in Hamburg, begann die Minderheit mit massiven Störaktionen der Parteiversammlung. Diese wurden so unerträglich, dass die Versammlungsleitung eine demokratische Debatte nicht mehr gewährleisten sah. Die Versammlung beschloss daraufhin ihre sofortige Beendigung und beauftragte den Landesvorstand, zu einer neuen Versammlung einzuladen.

Die unterlegenen Gruppierungen missachteten diese Entscheidung und versuchten, die Versammlung weiterzuführen, indem sie den Saal eineinhalb Stunden besetzt hielten. Erst nach schlichtendem Eingreifen einer Polizeistreife konnten die BesetzerInnen dazu bewogen werden, das Versammlungsgebäude zu verlassen. Der Vorstand sah sich gezwungen, die Polizei zu rufen, um weitere Eskalationen zu vermeiden.“

*gekürzt*

**Gabi Zimmer stellt sich in Mannheim vor:**

Etwa achtzig bis hundert Leute aus den fünf Landesverbänden Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland waren am 24. September nach Mannheim gekommen zu der 3. Regionalkonferenz zur Vorstellung der Bewerberin für den Parteivorsitz, Gabi Zimmer. Bald ein Viertel der Anwesenden gehörte zum Bundesvorstand, so u.a. Dietmar Bartsch, Dieter Dehm, Judith Delheim, Uwe Hobler, bzw. stellten sich als Anwärter/in auf Ämter vor, so Roland Claus, designierter Fraktionsvorsitzender im Bundestag, und Marina Stamann, die wieder in den Parteivorstand will.

Zimmer nannte als Zweck der Veranstaltung, sie wolle die Erwartungen an den Parteivorstand und die Vorstellungen zur Entwicklung der PDS kennenlernen. Einleitend kritisierte sie die unverständliche und unklare Sprache politischer Erklärungen, die die Politik undurchschau-

bar machten. Sie zitierte Zwerenz: Die abstrakte Sprache sei eine Herrensprache, die nichts mit dem realen Leben zu tun habe.

Im Osten sei die PDS eine Volkspartei, im Westen eher exotisch. 4000 Mitglieder im Westen nach 10 Jahren seien zu wenig. Viel mehr Leute hätten die PDS gewählt. Dass diese nicht in die PDS kommen, sei nicht nur mit dem traditionellen Antikommunismus zu erklären, oft machten Interessierte in PDS-Verbänden negative Erfahrungen. Zimmer sagte: Wer mitten im Leben stehe, repräsentiere den gesellschaftlichen Durchschnitt. Darum sei die PDS im Osten eine Volkspartei. Ob Profilneurosen im Westen die Ursache des Problems seien?

In der Gesellschaft lebten mehrere Generationen zusammen. Reiß diese Verbindung, dann reiße das Band des Gemeinwesens. Die PDS brauche Vertreter aller Generationen, vor allem die mittlere Generation von 35 bis 51 Jahren, „weil die mittendrin im Leben stehen“.

Insgesamt brauche die Partei einen kontinuierlichen Wandel an Kopf und Gliedern. Im Vorstand müssten Leute unterschiedlichen Typs sein, nicht aus den Führungsriege der Partei, sondern neue Leute, die neue Kraft, neuen Schwung brächten, und solche Leute wie Gregor Gysi, „die wir noch lange brauchen“. Erforderlich sei Veränderung und Selbstverständigung der PDS zu einer sozialistischen Oppositionspolitik, die in den Straßen wahrnehmbar sei und nicht nur in Presseerklärungen.

Der Kern aller politischen Bemühungen der PDS sei nach wie vor die Frage (Luxemburgs): Sozialismus oder Barbarei. Strategien dürften nicht nur am Wahltermin ausgerichtet werden, die Politik nicht vom Feldherrnhügel gemacht werden, sondern man müsse die Mühen der Ebene auf sich nehmen.

Als Aufgabe stellt sich Zimmer, zwischen systemkritischer Opposition und Reformansätzen eine Brücke zu schlagen, sich nicht im Kapitalismus einzurichten, sondern Gegenkonzepte zu entwickeln, gemeinsam mit den Betroffenen gegen die Profitdominanz zu kämpfen. Die Zukunft der BRD sei offen, es müsse nicht, aber es könne zur Apokalypse kommen. Auch der Turbokapitalismus werde eines Tages verschwinden. Die Visionen von der sozialistischen Gesellschaft müssten aufrechterhalten werden, und nicht nur in Regierungsbeteiligung könne man die Gesellschaft verändern.

Im Vorstand wolle sie führen, das heiße entscheiden, sagte Zimmer. Dafür wolle sie nicht alle Strömungen im Vorstand vereinen, sondern sie suche engagierte Menschen unterschiedlichster Art, die was leisten.

Bartsch begann mit den regionalen Problemen, mit denen die Delegierten in Cottbus konfrontiert würden – der Abbau der Arbeitsplätze im Tagebau und die Vernichtung des sorbischen Ortes Horno –

und forderte: „Diese Leute erwarten von der PDS eine Antwort, Visionen helfen da nicht, Schluss mit dem Herumphilosophieren.“ Die Funktion der politischen Parteien sei es, für die Menschen da zu sein. Über Parteiprobleme müsse mit Augenmaß geredet werden. Die Partei müsse ihre dienende Rolle annehmen. Bartsch forderte: „Gesicht und Ohren zum Volke!“ Man müsse sich mit „unserem Land“ befassen, die Anträge zum Parteitag befassten sich nur mit sich selbst, deshalb wolle er für den vorgelegten Leitantrag werben, damit solle die politische Achse nach links verschoben werden. Der Antrag (aus Tübingen und bei MdB Wolf), in dem den Verfassern des Leitantrags (Zimmer, Bartsch und Claus) „völkischer Antikapitalismus“ vorgeworfen würde, sei nicht zu akzeptieren. Der Leitantrag sei in den kritisierten Passagen so formuliert, weil Sprache den Menschen verständlich sein solle...

Bartsch kritisierte, der Parteitag von Münster stelle einen Endpunkt dar, er habe den programmatischen Aufholprozess der PDS gestoppt, es bestehe die Gefahr, dass die PDS den Vorsprung, den sie in programmatischen Fragen vor SPD und Grünen hätte, verliere.

Roland Claus erklärte, die Zukunft der PDS hänge von ihrem Gebrauchswert ab. Er wolle ein paar Westthemen in die Debatte bringen und sprach über die Entwicklung des Reichtums und der Armut in der Bundesrepublik. Er griff Winfried Wolf an: es wäre logischer gewesen, wenn dieser gleich gesagt hätte, „den Leitantrag in die blaue Tonne“, als mit seinem Änderungsantrag etwas völlig anderes daraus machen zu wollen.

Zur Diskussion: Zimmer hatte gesagt, sie wolle die Meinungen der Mitglieder kennen lernen, zuhören. Die anfangs ruhige Aussprache wurde leider nach wenigen Beiträgen polemisch geführt und durch Parteivorstandsmitglieder und Teile der Versammlung mit Zwischenrufen angeheizt.

Winfried Wolf kritisierte, dass in keiner der drei Reden die zentralen politischen Probleme erörtert wurden, zu denen sich die PDS verhalten müsse: die erneut drohende Kriegsgefahr im Kosovo, der Faschismus, die Arbeitslosigkeit, Renten, Steuern, Energiekosten... Er begründete seinen Änderungsantrag. Der Leitantrag habe substanzielle Schwächen: Die spezifische Situation in den neuen Ländern, das zentrale Thema Arbeitslosigkeit, die Kriegsgefahr und die antimilitaristische Position der PDS sowie Umwelt und Verkehr seien nicht ausreichend thematisiert. Das Thema Antifaschismus müsse in einem eigenen Punkt entsprechend seiner Bedeutung behandelt werden. An mehreren Stellen enthalte der Leitantrag Versatzstücke einer Gesellschaftssicht und Kapitalismuskritik, wie sie auch von ganz rechts vorgetragen wird und die als „völkischer Antikapitalismus“ bezeichnet wird.

Letztere Kritik enthält auch der Antrag der Kommunistischen Plattform Baden-Württemberg, die vorschlägt, Formulierungen wie: die PDS-Politik sei „– ohne Wirtschaftsfeindlichkeit –“ zu streichen und Formulierungen wie „amerikanischer Kapitalismus“ und solche mit einer Gegenüberstellung von industriell genutztem und spekulativem oder internationalem Finanzkapital „durch behutsamere zu ersetzen“. In der Begründung wird die Argumentationsweise des „völkischen Antikapitalismus“ erläutert und dann festgestellt: „Die Kritik am Kapitalismus beschränkt sich auch im Leitantrag weitestgehend auf die ‚Globalisierung‘, die ‚internationale Finanz- und Devisenspekulation‘, das Vordringen des neoliberalen ‚amerikanischen‘ Kapitalismus in Europa und Deutschland. Diese Erscheinungen werden aus dem Zusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise herausgelöst und isoliert betrachtet. Es besteht die Gefahr, dass einige unglückliche Formulierungen missverstanden und im Sinne des ‚völkischen Antikapitalismus‘ interpretiert werden könnten...“ Vorstandsmitglieder und Teile der Versammlung behaupteten, diese moderat vorgetragene Kritik stelle die Verfasser des Leitantrages (Zimmer, Bartsch und Claus) in eine Reihe mit NSDAP-Stras-ser.

In mehreren Diskussionsbeiträgen wurde die Formulierung im Leitantrag gegen sog. Sektierer kritisiert.

Die Aussage von Bartsch: „Gesicht und Ohren zum Volke!“ wurde kritisiert. Dehm verteidigte sie: In der Politik müsse man populär formulieren. Er könne sich auch eine Aussage der PDS vorstellen wie: „Schützt die deutschen Tante-Emma-Läden!“ Man müsse dann natürlich dazu sagen: Schützt auch die türkischen Tante-Emma-Läden, weil sonst die großen Handelsgesellschaften ihnen die Gewerbeflächen wegkonkurrieren. Populär sei nicht populistisch. Auch die KPD und die KPD-O hätten sich vor dem Faschismus für eine nationale Politik ausgesprochen.

Ein Redner aus Mainz wandte sich dagegen, dass sich die PDS der Kampagne gegen die Ökosteuer anschließt und nun auch die Anhebung der Kilometerpauschale fordert. Für die Aussage, aus ökologischen Gesichtspunkten sei der Benzinpreis vielleicht noch nicht hoch genug, erntete er lautstarken Hohn, aber keine Argumente.

Eine Rednerin aus Mainz fragte, warum es von Seiten des Parteivorstands keine Anträge zu den wichtigen politischen Themen gibt. Sie wies auf unklare statutarische Fragen hin.

Knappe Fazit: Die PDS ist noch längst nicht aus der Krise. Auf die neue Parteivorsitzende warten einige Bewährungsproben.

ulk

Zusammenstellung: jöd



**Offiziell anerkannte Minderheit in der Bundesrepublik: Die Sorben in Sachsen. Die Berücksichtigung ihrer Interessen ist dennoch nicht einfach gesichert, wie obiges Bild einer Demonstration gegen die Schließung sorbischer Schulen im Januar 1999 zeigt.**

**Dagegen mit keinerlei Rechten ausgestattet, unter die Fuchtel des Ausländerrechts gestellt, die zahlreichen Menschen kurdischer Herkunft. Ihre kulturellen und politischen Äußerungen werden häufig polizeilich verfolgt, erinnert sei nur an alljährlichen Polizeiaktionen gegen die kurdischen Newroz-Feiern.**



## Eingebürgert – und was dann?

### Wege aus der Diskriminierung von Minderheiten

Unter diesem Titel fand am 16. September in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin ein Seminar zu Fragen der Minderheitenpolitik statt.

Eingeladen waren unter anderem Vertreter der kurdischen, der türkischen, polnischen, dänischen und anderer Minderheiten in der Bundesrepublik, Abgeordnete des Bundestags, Ausländerbeauftragte sowie Wissenschaftler und alle an Fragen der Migrations- und Minderheitenpolitik in diesem Land interessierten Menschen.

Die Idee zur Planung und Vorbereitung dieses Seminars war insbesondere auf kurdischen Wunsch entwickelt worden, nachdem Verbände wie die Kurdische Gemeinde Gießen, die Kurdische Gemeinde Berlin, YEK-KOM und andere eine gemeinsame Unterschriftensammlung für eine Petition an den Deutschen Bundestag begonnen hatten. Darin wird der Bundestag aufgefordert, die in einem Rahmenabkommen des Europarats beschriebenen Rechte nationaler und kultureller Minderheiten nicht nur für die Roma und Sinti, Sorben, Dänen und Friesen einzuräumen, sondern auch der kurdischen Minderheit in diesem Land. Bisher gilt dieses Rahmenabkommen durch Entscheidung der Bundesregierung nur für die oben genannten sog. „autochthonen“ (auf deutsch etwa: „an Ort und Stelle entstandenen“) Minderheiten, also faktisch für 240.000 Menschen, während die ca. 8 Millionen Migrantinnen und Migranten anderer Herkunft bis heute keine garantierten Minderheitenrechte haben.

Leider hatte es im Vorfeld der Tagung mehrere Schwierigkeiten gegeben. Die vorgesehene öffentliche Pressekonferenz der kurdischen Verbände mit folgender Abgabe der Unterschriften der Petition beim Petitionsausschuss des Bundestags kam nicht zustande, sie soll jetzt möglichst rasch nachgeholt werden. Dem Vernehmen nach liegen beim kurdischen Dachverband YEK-KOM in Düsseldorf ca. 30.000 bis 40.000 Unterschriften, weitere Unterschriften sollen noch bei örtlichen Vereinen von YEK-KOM liegen. Am Ende sagte YEK-KOM auch noch seine Teilnahme an der Tagung kurzfristig ab und verärgerte damit nicht nur die Stiftung. Auch die Bundestags- und Parteivertreter von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU/CSU sowie die Ausländerbeauftragten von Berlin und Brandenburg erschienen trotz Einladung nicht bzw. sagten kurzfristig ab.

Trotzdem waren die ca. 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars, die gekommen waren, am Ende mit dem Ablauf des Seminars und den Diskussionen dennoch sehr zufrieden. Gekommen waren:

- Flemming Meyer, Vorstandsmitglied des Südschleswiger Wählerverbands, der Partei der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein,
- Kenan Kolat vom Vorstand des Türkischen Bunds Berlin-Brandenburg,
- Wiethold Kaminski, Vertreter des Polnischen Sozialrats,
- Safer Cinar von der Ausländerberatungsstelle des DGB Berlin, der auch dem Vorstand des Türkischen Bunds in Berlin angehört,



- Riza Baran als Vertreter der Kurdischen Gemeinde Berlin,
- Kazim Baba als Vertreter des Kurdischen Zentrums Berlin,
- Giyasettin Sayan, kurdischer PDS-Abgeordneter in Berlin,
- Dr. Norman Weiß, Völkerrechtler der Universität Potsdam,
- sowie die Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (PDS) und Dr. Max Stadler (FDP).

Die Beiträge und Diskussionen in diesem Kreis ergaben im Laufe des Tages eine Fülle von Anregungen und Gemeinsamkeiten.

Nachdem Giyasettin Sayan zum Eingang noch einmal die Gründe für die Petitionskampagne der kurdischen Vereine beschrieben hatte und Riza Baran mit einer Beschreibung der Situation kurdischer Menschen in Berlin ihre Notwendigkeit unterstrichen hatte, eröffnete Kenan Kolat vom Türkischen Bund die Reihe der Statements der Vertreter anderer Minderheiten. Die BRD definiere sich als ein ethnisch homogenes Land, kritisierte er, der Türkische Bund trete dagegen für das Leitbild einer polyethnischen Zivilgesellschaft ein und wende sich gegen die herrschende Assimilationspolitik. Schon der Name der „Ausländerbeauftragten“ sei falsch, besser wäre „Beauftragte für Eingliederung und Zuwanderung“, noch besser, wenn statt deutscher Beauftragter künftig solche Fragen von ständigen Kommissionen auf Länderebene behandelt würden, in denen auch Migrationsverbände vertreten sein sollten. Der Türkische Bund plädierte für eine vertragliche Sicherung von Ansprüchen ethnischer Minderheiten, die Kampagne der kurdischen Vereine für einen Minderheitenstatus komme ihm „zu früh“.

Wiethold Kaminski vom Polnischen Sozialrat wies auf die lange Geschichte der polnischen Minderheit in diesem Land hin, die im Grunde schon wegen ihrer jahrhundertelangen Existenz auch als

„autochthone Minderheit“ eingestuft werden müsse. Er erinnerte daran, dass die polnische Minderheit während der Weimarer Republik schon einmal als Minderheit anerkannt gewesen sei und 1924 sogar einen „Rat der ethnischen Minderheiten“ initiiert habe. Heute leben nach offiziellen Zahlen 240.000 polnische Staatsbürger in der BRD, nach seinen Schätzungen aber sind es etwa 1 Million Menschen polnischer Herkunft. Der 1992 geschlossene deutsch-polnische Vertrag über Freundschaft und gute Nachbarschaft sehe zwar eine Gleichbehandlung der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze vor – wobei schon im Vertrag für Menschen polnischer Herkunft der Begriff „Minderheit“ bezeichnenderweise fehle – von dieser Gleichbehandlung aber könne in der Praxis überhaupt keine Rede sein. Für Menschen und Vereine polnischer Herkunft gebe es fast keinerlei öffentliche Förderung.

Flemming Meyer vom SSW schilderte dann die für andere nahezu „traumhafte“ Situation der dänischen Minderheit. Sie habe eigene Kindergärten, eigene Schulen, eine eigene Zeitung, eigene Bibliotheken und – ganz wichtig, wenn es um finanzielle Entscheidungen im Landtag gehe – eine eigene Partei. Ohne diese Partei, die bei Haushaltsentscheidungen im Landtag immer aufpasse, stünden möglicherweise alle Minderheitenrechte bald nur noch auf dem Papier, betonte er.

Riza Baran von der kurdischen Gemeinde reagierte darauf mit dem trockenen Ausspruch: „Jetzt haben wir ein Problem!“, worauf unter allgemeiner Heiterkeit ein anderer Teilnehmer sofort mit dem Hinweis reagierte, die PDS setze sich für alle Minderheiten im Land ein.

Diese Rechte der dänischen Minderheit, abgesichert durch einen deutsch-dänischen Vertrag, seien faktisch der Preis, den die Bundesrepublik in den 50er Jahren habe zahlen müssen, um die Zustimmung Dänemarks zum deutschen NATO-Beitritt zu erhalten, schilderte

Flemming Meyer weiter. Deshalb reagiere seine Partei auf Forderungen z.B. der CDU und der Junger Union nach Abschaffung solcher „Privilegien“ immer sehr kühl: Darüber könne man selbstverständlich reden, wenn die BRD dafür wieder aus der NATO austrete. Von besonderer Bedeutung im praktischen Alltag sei dabei aus seiner Sicht das Recht auf Gebrauch und Pflege der eigenen Sprache. Das Verbot bzw. die Diskriminierung dieses Rechts seien inakzeptabel. Auf dem kommenden Parteitag wolle der SSW auch über die Rechte anderer Minderheiten sprechen. Er rechnet mit einer Mehrheit für die Position, dass der SSW für die Gleichbehandlung aller Minderheiten in diesem Land eintritt.

Eine interessante Information am Rande: Die Befreiung des SSW von der 5-Prozent Klausel gilt nicht nur für den Landtag in Schleswig-Holstein, sondern für alle Parlamente. Wenn sich also der SSW entschließen sollte, für den Bundestag zu kandidieren, braucht er ca. 60.000 Stimmen und hätte damit ein Mandat. Eine solche Kandidatur wird im SSW jetzt auch erwogen, schließlich bekam der SSW bei der letzten Landtagswahl in Schleswig-Holstein 62.000 Stimmen.

Nach der Mittagspause schilderte Dr. Norman Weiß die rechtliche Situation. Das Minderheitenrecht habe sich ursprünglich entwickelt aus dem Völkerrecht, also dem Recht der Staaten, durch Kriege und Grenzveränderungen, nicht dagegen aus der Diskussion um Menschenrechte und Migration. Erst nach 1945 habe die UNO die Rechte von Minderheiten zu einer Frage von „internationalem Interesse“ erklärt, in Artikel 27 im Internationalen Pakt für bürgerliche und soziale Rechte seien deshalb erstmals solche Minderheitenrechte – aber nur für Staatsangehörige – definiert. Er plädierte dafür, Minderheitenrechte vor allem als Diskriminierungsverbot zu behandeln, und sah insbesondere im angelsächsischen juristischen Schrifttum zu-



**Anders als die Auswanderer vor hundert oder hundertfünfzig Jahren, die eine Beziehung zu ihrem Herkunftsland wegen hoher Reisekosten und Reisezeiten kaum aufrechterhalten konnten, haben die modernen Wanderarbeiter vielfältige und dauerhafte Verbindungen zu ihrem Herkunftsland – eine Tatsache, die eine moderne Einwanderungspolitik durch Anerkennung von Minderheitenrechten akzeptieren sollte.**



nehmend Anhaltspunkte, die das Anliegen der Tagung, die Unterscheidung zwischen „autochthonen“ und „neuen“ Minderheiten aufzuheben, unterstützen. Allerdings warnte er auch vor einer Überschätzung der Bedeutung solcher Minderheitenrechte in der Praxis – das Beispiel der sorbischen Gemeinde Horno, die dem Braunkohlentagebau trotz Minderheitenrecht weichen müsse, dokumentiere die Hierarchie zwischen solchen Minderheitenrechten und wirtschaftlichen Interessen.

In der abschließenden Diskussion bekräftigte Ulla Jelpke, dass die PDS-Bundestagsfraktion die Petition der kurdischen Vereine unterstützt. Minderheitenrechte müssten für alle Minderheiten gleichermaßen gelten. Sie verwies auch – ähnlich wie eingangs Gıyas Sayan – auf die spezielle Bedeutung dieser Frage für die kurdische Minderheit in der BRD. Auch für eine politische Lösung der kurdischen Frage im Mittleren Osten könnte eine solche Anerkennung in der BRD Signalwirkung haben.

Die Instrumentalisierung von Minderheitenrechten für staatliche Machtpolitik, wie sie bei der deutschen Ostexpansion und dem Eintreten für deutsche Minderheitenrechte im Ausland bei gleichzeitiger Diskriminierung z.B. der polnischen Minderheit hier zu erkennen sei, müsse aufhören. Minderheitenrechte seien Menschenrechte, die für alle gleich gelten müssten. Ein Diskriminierungsverbot und individuelle staatsbürgerliche Rechte seien nicht genug.

Der FDP-Abgeordnete Stadler formulierte als Ergebnis aus seiner Sicht:

1. der ethnisch homogen definierte Staat ist überholt, die polyethnische Gesellschaft muss auch im Recht nachvollzogen werden.

2. Die Frage „reicht das Recht?“ beantwortete sich aus seiner Sicht so: das Diskriminierungsverbot in Artikel 3 GG und die Individualrechte hier lebender Menschen seien eine gute Sache, aber zur Sicherung vor allem des Gebrauchs der eigenen Sprache seien gruppenspezifische Rechte erforderlich.

3. Auch die immer noch hohen Schranken bei der Einbürgerung seien ein Argument für solche Gruppenrechte. Allerdings müsse man auch über die finanziellen Folgen der Gewährung solcher Rechte reden.

Auf Nachfragen meinte er, vielleicht könne der Bundestag bei der Diskussion der kurdischen Petition oder bei einer neuen Kritik der UNO (bereits 1997 hatte die UNO die Diskriminierung der sog. „neuen“ Minderheiten gegenüber „autochthonen“ Minderheiten kritisiert) einmal eine Anhörung zur Situation der Minderheiten organisieren.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung will die Materialien der Diskussion in den nächsten Wochen in einem „Werkstattbericht“ der Öffentlichkeit dokumentieren.

rül  
•

## 50 Jahre „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und die ethnisch orientierte deutsche Außenpolitik

# „Geist, Volkstum und Heimatrecht“

Den folgenden Artikel entnehmen wir der aktuellen Ausgabe der antifaschistischen Zeitschrift „Der rechte Rand“.

Holger Kuhr

Am 3. September 2000 begeht der „Bund der Vertriebenen“ (BdV) in Berlin den diesjährigen „Tag der Heimat“. Als Festredner ist Bundeskanzler Gerhard Schröder vorgesehen. Die Anwesenheit Schröders und seine geplante Rede beschränkt sich in diesem Jahr nicht allein auf die alljährliche Darstellung der Verbundenheit zwischen Bundesregierung und „Vertriebenenverbänden“, sondern hat seine besondere Bedeutung in dem Anlass für diesen Festakt: dem 50. Jahrestag der Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“.

Im Zusammenhang mit dem Überfall der NATO auf Jugoslawien im Frühjahr 1999 und der anschließenden Besetzung der jugoslawischen Kosovoprovinz wurde Land auf, Land ab, über den „Schutz der Menschenrechte“ sowie über den „Schutz von Minderheiten“ schwadroniert. Vielerorts wurde hierzu sofort ein historischer Vergleich vorgenommen: Das, was die Menschen heute im Kosovo erleben und durchmachen, dieses Schicksal hätten die Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges auch erlebt.

Ein zweiter historischer Hinweis fehlte in diesem Kontext selten: Trotz ihres Schicksals, wonach sie die „am stärksten betroffene Gruppe des nationalsozialistischen Regimes“ seien, haben die deutschen „Vertriebenen“ schon 1950 mit ihrer „Charta“ auf jede „Rache und Vergeltung verzichtet“. Sie hätten damit ein frühes Zeichen gesetzt, das heute noch Anerkennung und Hochachtung abverlange. Es sei eine vorachauende Versöhnungsgeste gegenüber den osteuropäischen Nachbarstaaten gewesen und stelle ein frühes Dokument des „Ausgleiches“ und der „Menschlichkeit“ dar, so die verbreitete öffentliche Meinung.

Die „Charta“ wurde initiiert und formuliert von Männern, die schon während der NS-Zeit für das „deutsche Volkstum“ aktiv waren und nationalistische, volks- sowie deutschtumspolitische Überzeugungen vertraten. Diese „erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen“ halfen mit – jeder auf seinem damaligen Posten – dem „Volk ohne Raum“, „Lebensraum im Osten“ zu schaffen. Vier zentrale politische und ideologische Kernaussagen sind in der „Charta“ enthalten bzw. werden mit ihr transportiert:

erstens der postulierte „Gewaltverzicht“, zweitens die „Heimat“-Ideologie mit der Forderung nach einem „Recht auf die Heimat“, drittens die Europakonzeption als „wahrhaft übernationale politische Ordnung“ und viertens die „Verantwortung“ der Völker am Schicksal der „deutschen Heimatvertriebenen“.

## Der postulierte „Gewaltverzicht“

Ein Punkt, der immer wieder zitiert und als die positivste Grundlage der Politik der „Vertriebenenverbände“ bezeichnet wird, ist, dass die „deutschen Heimatvertriebenen“ in ihrer „Charta“ „feierlich“ erklärten „auf Rache und Vergeltung zu verzichten“. Dieser so hochgehaltene „Gewaltverzicht“ war aber alles andere als ein ernstgemeintes politisches Bekenntnis, sondern der Nachkriegszeit geschuldet. Es war eine Konzession an die damaligen Verhältnisse. Zum damaligen Zeitpunkt – unmittelbar nach der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches und der völligen Entwaffnung – konnte nur ein „Gewaltverzicht“ geäußert werden. Alles andere hätten die Alliierten niemals zugelassen. Dies wird bei der heutigen Rezitierung der Charta gern übersehen.

## Das deutsche „Recht auf die Heimat“

Die zweite zentrale Aussage der „Charta“ und das bis heute entscheidendste Politikfeld der Vertriebenenverbände ist die „Heimat“-Ideologie: Aus der völkischen Verbindung von Geist, Volk, Natur, Landschaft und Raum zur Heimat wird ein „Recht auf die Heimat“ konstruiert. Mit der Aussage „wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde“ und „Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt“ wird die völkische Vorstellung von „Verwurzelung“ übernommen sowie die „Heimat“ als ein absolut stehendes Gut betrachtet. Durch diese Absolutsetzung wird im Verständnis der „Vertriebenen“ die „Heimat“ ein „von Gott geschenktes Grundrecht der Menschheit“. An diesem Gott gegebenen Grundrecht komme kein Staat oder Politiker vorbei. Niemand kann den Menschen die angestammte Heimat wegnehmen. Auf sie zu verzichten, käme einer Auflehnung gegen Gott gleich. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeute demnach, ihn im „Geiste zu töten“. Die Menschen müssen zurück in ihre „angestammte Heimat“. Völker und Menschen erhalten

so ein „Grundrecht auf die Heimat“. „Wo immer (ein) Volk ist, gehört dazu auch Heimat und zwar nicht die Wahlheimat des Einzelnen, die es selbstredend gibt, sondern die angestammte Heimat der ethnischen Gruppe als solche“, so die „Vertriebenen“.

Seit der Verkündung der „Charta“ wird versucht mit der „Heimat“-Ideologie im Gepäck ein rechtliches Konstrukt, eine passende Rechtsformel, zu finden, welche das „Recht auf die Heimat“ im internationalen Staatsrecht verankern helfen soll. Die Schaffung einer solchen Rechtsformel ist ein Beispiel für eine spezifisch deutsche Tradition: der Pseudoverrechtlichung von Politik. Damit ist gemeint, dass versucht wird, politische Forderungen dadurch unangreifbar zu machen, in dem man sie in eine Rechtsposition umdefiniert.

Dieses „Recht auf die Heimat“ soll nach den Vorstellungen der „Vertriebenen“ über die Schaffung eines auf Gruppen bezogenes „Menschen- bzw. Minderheitenrecht“, genauer gesagt von einem „europäischen Volksgruppenrecht“, als integralen anerkannten Teil des internationalen Staatsrechtes erreicht werden. Zu solch einem „Volksgruppenrecht“ gehören weiterhin das „Selbstbestimmungsrecht von Völkern und Volksgruppen“ und deren regionale Territorialautonomie.

Diese deutsche Konstruktion eines „Volksgruppenrechts“ zielt auf die Sonderung einzelner Gruppen, um im eigenen machtpolitischen Interesse die eine gegen die andere auszuspielen. Hierfür soll in den nächsten Jahren das internationale Staatsrecht ausgehebelt bzw. neu definiert werden. Dies ist Programm deutscher Außenpolitik. Hierin treffen sich Fischer, Scharping und Schröder mit den „Vertriebenenverbänden“. Der gemeinsame Nenner ist die besondere deutsche Verbindung von moralisch-ethischen mit ethnischen Elementen. Die „moralisch guten“ Deutschen sind die „Befreier und Beschützer der Völker im Osten Europas“, so wie es der „engagierte“ propagandistische und militärische deutsche Kosovo-Einsatz der Welt vorgeführt hat.

Dahinter steht das Konzept vom

„Menschenrecht bricht Staatsrecht“, das heute nicht nur bei Konservativen, sondern auch im grün-alternativen Lager auf Beifall stößt. Der Autor dieser Losung, Adolf Hitler, präzierte diesen Gedanken wie folgt: „Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird“, schreibt er in „Mein Kampf“, „dann ist Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht. [...] Nicht die Erhaltung eines Staates“ sei „der höchste Zweck des Daseins der Menschen, sondern die Bewahrung ihrer Art.“ Hitler sprach die deutsche Überzeugung aus, dass jeder Mensch vor allem seinem Volk und nicht dem Staat, dem er angehöre, verpflichtet sei. Gegebenenfalls müsse ein Volk staatliche Grenzen überwinden, um zur Einheit zu gelangen.

Den Blickwinkel „Menschenrecht bricht Staatsrecht“ hin auf eine neue Auslegung des bisherigen internationalen Staatsrechts richtete auch Außenminister Fischer während seiner ersten großen Rede vor der UN-Generalversammlung im September 1999. Fischer stellte hier die rhetorische Frage, ob den Vereinten Nationen die Staatssouveränität wichtiger sei als der Schutz der Menschen und ihrer Rechte: „Die Frage der Friedenssicherung stellt sich [...] zunehmend in einem Spannungsfeld zwischen der klassischen Staatssouveränität und dem Schutz der Menschenrechte.“ Was damit gemeint ist, geht eindeutiger aus einem Papier des Auswärtigen Amtes zum sog. „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ hervor: Hier ist die Rede von einer „zugespitzten Entscheidungssituation zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Erhalt der Einheit multiethnischer Staaten“. Es bestehe da ein „normatives Ungleichgewicht“ zwischen dem Schutz des Staates und dem Schutz von Menschen. Es geht um „eine Gewichtsverlagerung weg vom völkerrechtlichen Staatsschutz und hin zum Individualschutz“ welches dann auch eines „militärischen Überlebensschutzes von Menschen“ bedarf, wie der NATO-Überfall auf Jugoslawien zum Schutz der albanischen Kosovo-Bevölkerung gezeigt hat, so Dr. Kreß, zuständiger „Referent im

Völkerrechtsreferat“ des Berliner Justizministerium. Dieser „Überlebensschutz von Menschen“ ist im deutschen Verständnis aber nicht alleine auf den individuellen Menschen, sondern immer auch auf die Volksgruppe bezogen. Es geht um den „ethnischen Schutz einer Volksgruppe“. Dies zeigte einmal mehr der Kosovo-Feldzug.

## Die Europakonzeption

Die „Vertriebenenfunktionäre“ waren trotz ihres Revanchismus doch so „einsichtig“ und „realitätsnah“ davon auszugehen, dass die ehemaligen deutschen Ostgebiete nicht so ohne weiteres wieder an die Bundesrepublik zurückfallen würden. So formulierten sie in der „Charta“, dass es „Aufgabe aller europäischer Völker“ sei „die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas“ zu erreichen. Mit der Propagierung einer „europäischen Lösung“ gingen sie davon aus, dass die Regelung der „deutschen Frage“ nicht im Alleingang zu entscheiden sei, sondern nur mittels der Überwindung der „gesamteuropäischen Teilung“, mit Hilfe der westlichen Verbündeten. Der Revanchismus bekam dadurch ein europäisches Gesicht; die Forderungen nach den deutschen Ostgebieten traten hinter den Floskeln von „Freizügigkeit“ und einer „freien Heimat in einem freien Europa“ zurück.

Ein Kernpunkt der Europakonzeption der „Vertriebenenverbände“ ist der „Aufbau europäischer internationalisierter Territorien in strittigen Gebieten“. Dabei sind im Verständnis der „Vertriebenen“ „strittige Gebiete“ alle ehemaligen deutschen Ostgebiete sowie alle Gebiete, in denen nationale bzw. ethnische Minderheiten die Mehrheit oder einen repräsentativen Anteil der Bevölkerung stellen und „kompakt siedeln“, gemeint. In diesen Gebieten sollen sie dann eine weitgehende Territorialautonomie mit Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung, Rechtsprechung und Polizei erhalten. Mit dieser Konzeption zielen die „Vertriebenen“ darauf, wie sie sagen, „die verkrusteten Formen der nationalstaatlichen Gebilde aufzubrechen“. Dies bedeutet nichts anderes, als dass die gel-



Eine Auswahl aus dem aktuellen Bücherangebot auf der Internetseite des Bundes der Vertriebenen NRW ([www.bdv-nrw.de](http://www.bdv-nrw.de)): Revanchismus traditionell und europäisch modernisiert (besonderer Hinweis des BdV bei der Schrift über Beneš: die Autorin ist Tschechin).



tenden Grundsätze des bisherigen internationalen Staatsrechts – staatliche Integrität, Souveränität der Staaten und die Unverletzlichkeit von Grenzen – gesprengt werden würde.

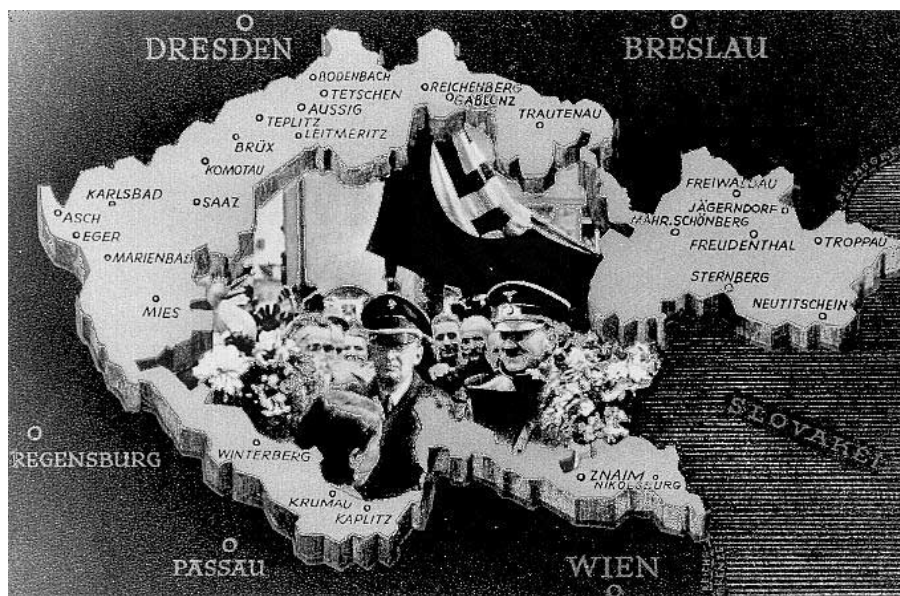
Die heutige Politik der „Vertriebenen“ kann man deshalb nicht mehr unter dem Begriff Revanchismus abhaken. Es geht heute nicht um die territoriale Angliederung der ehemaligen deutschen Ostgebiete an Deutschland, sondern darum, im Rahmen einer Europäisierung eine Regionalisierung bzw. Separierung von Staaten zu erreichen. Wobei für die Zukunft bei der Dynamik, die die deutsche bzw. internationale Politik in den letzten Jahren gehabt hat, nicht auszuschließen ist, dass auch die Option der nationalen territorialen Angliederung wieder ihre Bedeutung erhält.

## „Verantwortung der Völker“

Am Ende der „Charta“ sprechen die Autoren in einem überheblichen Ton davon, dass „die Völker der Welt ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden“ sollen. Die Deutschen im Allgemeinen und die deutschen „Heimatvertriebenen“ im Besonderen werden als die wahren Opfer des Zweiten Weltkrieges sowie dessen Nachkriegsfolgen dargestellt. Die übrige Welt sei schuld am „Leid der deutschen Vertriebenen“, so der gesamte Tenor der „Charta“: „Die Völker müssen erkennen, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen [...] ein Weltproblem“ darstellt, zu „dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung“ gefordert sind.

Die „Charta“ stuft damit die Leiden der Bevölkerung in den Nachbarstaaten Nazi-Deutschlands in den Jahren bis 1945 faktisch als zweitrangig, als untergeordnet gegenüber dem Leid der in Reaktion auf diese Politik umgesiedelten Deutschen ein. Der Zusammenhang mit den vorhergehenden singulären Verbrechen der NS-Politik wird nicht genannt. Mit solch einer, die NS-Geschichte und ihre Verbrechen relativierenden, verharmlosenden und verfälschenden Argumentation werden „die Völker“ aufgefordert, Wiedergutmachung zu leisten.

Diese politische Einstellung hat sich über die Jahre nicht geändert. So sprechen sich die „Vertriebenenverbände“ seit langen energisch gegen die geplante EU-Aufnahme von Polen und Tschechien aus. Denn bei der EU-Osterweiterung geht es eben auch „um die grundsätzliche Rückkehrmöglichkeit, um das höchstpersönliche Heimatrecht. In jedem Fall müssen die Staaten, die Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben und enteignet haben, Entschädigungsregelungen treffen“, so BdV-Präsidentin Erika Steinbach in einem *Focus*-Interview. Es geht um die Aufhebung aller „Vertreibungs-Dekrete“, um die Anerkennung eines „Heimatrechts“ und um



WIR DANKEN UNSERM FÜHRER



**Oben: Propagandapostkarte, mit der die faschistische Ostexpansion gefeiert wurde – unten: der Friedhof des Konzentrationslagers Theresienstadt: wie zynisch klingt da die Aussage der sog. Vertriebenencharta, dass diejenigen, die Hitlers Politik begeistert begrüßt und bis zum Ende unterstützt hatten, nun auf einmal die „am stärksten betroffene Gruppe des nationalsozialistischen Regimes“ gewesen seien.**

Wiedergutmachung“. Wer die „Vertreibungsverbrechen der Polen oder Tschechen an den Deutschen“ nicht verurteilt und nicht „Wiedergutmachung“ leistet, verharre in einem „ethnischen Totalitarismus“, so Steinbach: „Die Bundesregierung macht sich schuldig an den deutschen Opfern und der ganzen EU, wenn die östlichen Staaten diese geistigen Hypotheken in die EU einschleppen.“

Insgesamt zeigt sich, dass die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ kein Dokument ist, welches ein „frühes Zeichen der Menschlichkeit und des Willens zur Versöhnung“ den Europäern darbot. Die Formulierungen der „Charta“ waren nicht „misszuverstehen“ oder beschränkten sich nicht auf „substantielle soziale Forderungen“. Die „Charta“ entstand in Ablehnung zum Potsdamer Abkommen und war eindeutig gegen dessen Festlegungen gerichtet: Es muss als ein Dokument gelten, welches klar revisionistisch geprägt und in seinem Grundtenor bewusst gegen das bisherige Grundverständnis des Internationalen Staats-

rechts gerichtet ist.

Mit den völkisch geprägten politisch-ideologischen Kernaussagen vom „deutschen Volkstum“, der „Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis“, dem „Gewaltverzicht“, einer „freien europäischen Lösung der Völker“, dem „Recht auf die Heimat“ als „Gott geschenktes Menschenrecht“ sowie der Aufforderung an die „Völker auf Wiedergutmachung“ enthält die „Charta“ eine gefährliche politische Mischung, deren Wirkungen erst heute, nach der Zäsur von 1990 und der des Krieges um das Kosovo, tatsächlich realitätsträchtig werden.

**Von Holger Kuhr erscheint jetzt eine umfangreiche Analyse zur „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Sie kann für 7 DM bestellt werden: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel.: 040/43188820, 040/43188821, E-Mail: gnn-hhsh@telo-online.de**

„Der rechte Rand“, Rolandstr. 16, 30161 Hannover  
Tel.: 0511-3360209, [www.der-rechte-rand.de](http://www.der-rechte-rand.de)



**30. September, Berlin:** Wissenschaftliches Kolloquium „Zur Kriegsfrage in der Geschichte der Sozialistischen Bewegung. Der Krieg auf dem Balkan 1999 und die alternative Sicht“. Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V. Beginn: 10:00 Uhr, Ende: 16:15 Uhr, Klub am See, Wriezener Str., 15344 Strausberg, Ansprechpartnerin: Dr. Cornelia Domaschke, Tel.: 030/29781151; Fax: 030/29784222

**1. Oktober, Hannover:** Regionalkonferenz „Nord“ der PDS (Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, NRW)

**5./6. Oktober, Berlin:** Interkontinentales Forum der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eröffnung Do, 11.15, Plenum, ab 15.30 bis 19.00 mehrere parallele Podien mit internationaler Besetzung: Die Fassaden der Barbarei; Theorie und Praxis des Neoliberalismus; Gerechtigkeit und Menschenrechte: Der Diskurs der Religionen und Weltanschauungen; Die neue Imperialordnung und ihre Kriege; Demokratie und Differenz - „Differenz und Vielfalt als Norm“; Kampffeld internationales Handels- und Finanzsystem. Fortsetzung am Freitag 10 Uhr mit einem 2. Block von Podien: Bauern- und Landlosenbewegungen; Schüler- und Studierendenbewegungen; Kampf um Arbeit und Lohnarbeit; Bewegungen sozial Ausgegrenzter; Anti-rassistische Bewegungen; Geschlechterbewegungen. Ab 15.30 Abschlussplenum. Anmeldung: Jens Ilse, Tel. (030) 29 78 11 73

**6.-8. Oktober, Berlin:** WTO und soziale Bewegung im globalen Kapitalismus. BUKO 23. Programm siehe ausführlich in der Ausgabe 19. Anmeldung und weitere Informationen, insbesondere über die Arbeitsgruppen, unter: <http://www.von-unten.org>

**7. Oktober, Berlin, 13.00, S-Bahnhof Köpenick:** Demonstration für die Schließung der NPD-Bundeszentrale in Berlin-Köpenick

**13. Oktober, Berlin:** Makroökonomie, Beschäftigung und Nachhaltigkeit. Arbeitstagung der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, u.a. mit Elmar Altvater, Norbert Reuter, Ulla Knapp, Ingo Schmidt, Arne Heise. Anmeldung: AG Alternative Wirtschaftspolitik, Postfach 330447, 28334 Bremen, Fax: 0421/4914488, Tel. 0421/4914480

**14./15. Oktober, Cottbus:** 7. Parteitag der PDS, 1. Tagung. Vorläufige Tagesordnungspunkte u.a.: Generaldebatte zur Rede des Vorsitzenden der PDS und zu den Leitansätzen des Parteivorstandes: „Für einen Politikwechsel in Ost und West. Für eine Wende hin zur sozialen Gerechtigkeit“ und: „Grundsätze und Ziele der PDS für die Wahlen bis 2002“; Beschlussfassung. Wahlen Parteivorstand.

**14. Oktober:** Mobilisierungen anlässlich des EU-Gipfels in Biarritz; Abschlussdemonstration des Frauenmarsches 2000 in Brüssel

**27.-29. Oktober, Loccum:** Gewalt und Zivilisation: Loccumer Initiative. Evangelische Akademie Loccum, Arbeitstagung der Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen, u.a. mit Peter v. Oertzen, Michael Krätke, Ekkehart Krippendorff, Thomas und Erika v. d. Vring, Rolf Pohl, Wolfgang Link, Ursula Müller, Heiko Geiling, Michael Buckmiller u.a., Anmeldung: Gregor Kritidis, Davenstedter Str. 23, 30449 Hannover, Tel. 0511/2133062, e-mail: loccumer.initiative@gmx.de

**5. November, Ludwigshafen:** Ernst-Bloch-Preis an Eric Hobsbawm. Preisverleihung an den in New York lebenden Historiker Eric Hobsbawm. Informationen: Ernst-Bloch-Zentrum, Tel. 0621/5042041, Fax: 5042450, e-mail: klaus.kufeld@ludwigshafen.de

**7. November:** US-Präsidentenwahlen, Neuwahl des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats sowie zahlreicher Gouverneure

**10.-12. November, Wien:** Charta 2000/Raisons d'agir: Europäisches Treffen, Diskussionsforen und Kulturveranstaltungen auf dem Weg zu den von Pierre Bourdieu/Raisons d'agir in der „Charta 2000“ aufgerufenen „Generalständen der sozialen Bewegung in Europa“ und zur Vorbereitung des Athener Treffens im Frühjahr 2001. Burgtheater u.a. Veranstaltungsorte

**17.-18. November, Kassel:** Gesamthochschule: Moderner Kapitalismus - alte Gewerkschaft? 7. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS. Mit Elmar Altvater, Andreas Bachmann, Micha Heilmann, Margret Mönig-Raane, Franz-Josef Möllenberg, Klaus Pickshaus, Helmut Schauer, Hans-Jürgen Urban, Ewald Wehner und vielen anderen. Anmeldung: PDS-Regionalbüro Kassel, Sickingenstr. 10, 34117 Kassel. Tel. & Fax: 0561/920 15 03, e-mail: regionalbuero@pds-nordhessen.de.

**25. November, Fulda:** Politische Ökonomie heute, 4. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr, DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

**1. Dezember:** EU-Gipfel in Frankreich, voraussichtliche Punkte: Abschluss

der Regierungskonferenz 2000, Feierliche Verabschiedung einer Europäischen Charta der Grundrechte, Förmlicher Beschluss der Integration der WEU in die EU

**2.-3. Dezember, Paris:** Europäische Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten (Evt. anschließend: gemeinsame Initiative mit den UnterstützerInnen des Aufrufs Bourdieu, der französischen Liga für Menschenrechte u.a. zu den sozialen Grundrechten. Großes Rockkonzert)

**7. Dezember, Nizza:** Großdemonstration der Europäischen Märsche, der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen anlässlich des EU-Gipfels

**4. bis 8. Januar, Sondershausen:** Linke Winterschule 2000/2001. Bitte schon einmal vormerken. Themen der drei Kurse in der nächsten Ausgabe der PB

**18. März 2001:** Kommunalwahlen in Hessen

**25. März:** Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

## Die Welt als Beute

Seit 22 Jahren arbeitet das internationale Netzwerk „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ (CBG) kritisch zum multinationalen BAYER-Konzern. Die CBG hat hautnah erlebt, wie dieser Konzern das, was „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ genannt wird, als eines der größten Firmen-Imperien der Welt vorbereitet und umgesetzt hat.

Im Rahmen einer preiswerten Wochenend-Tagung am 4./5.11.2000 mit dem Titel „Die Welt als Beute“ möchte die CBG ihre Erfahrungen weitergehen und verallgemeinern, um daraus zu lernen und den konzernkritischen Widerstand weiterzuentwickeln. Ein sicher für alle an konzernkritischem Widerstand Interessierten wichtiger und merkwürdiger Termin.

**Anmeldungen:** CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon (02 11) 33 39 11, Fax (02 11) 33 39 40

**Kosten** DM 40 für beide Tage o. Übernachtung / Verpflegung (private Übernachtung möglich)